

Bezugspreis: Vierteljahr 9.- M., monatl. 3.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3.- M., ggf. Rufstellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmal Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Bulgarien, Schweden u. die Schweiz. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonparellzeile kostet 1.20 M. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 50 Pfg. (ausfällig 2 fertige Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellenanzeigen und Geschäftsmitteilungen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsanzeigen 50%, Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Anzeigen 1.20 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 63, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 9. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-34.

# Aufhebung der Blockade.

Sonnabend früh in vollem Umfang.

Rotterdam, 8. Juli. (Z.N.) „Daily Mail“ meldet: Das Wirtschaftsamt gab Befehl, daß, sofern bis Donnerstagabend die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland angezeigt ist, die Blockade gegen Deutschland am Sonnabend in vollem Umfang aufgehoben wird. Flotillen in London nimmt zum erstenmal seit Kriegsbeginn wieder Versicherungen für Schiffstransporte nach deutschen Häfen an.

## Ratifizierung heute!

Heute Mittwoch wird die Nationalversammlung, wie die P. P. R. erfahren, in einer kurzen Sitzung nach einer einleitenden Rede des Außenministers Hermann Müller wahrscheinlich ohne Debatte die Ratifizierung des Friedensvertrages beschließen. Am Donnerstag wird die Steuerdebatte fortgesetzt.

## Vertagung der Programmrede Bauers.

Ungeklärte Lage im Kabinett.

Die für Donnerstag geplante große Programmrede des Ministerpräsidenten Bauer wird, wie die P. P. R. erfahren, an diesem Tage nicht gehalten werden. Es ist indessen anzunehmen, daß die Verschiebung nur von ganz kurzer Dauer sein wird. Die große Arbeitsüberlastung der letzten Tage ließ nicht zu, daß alle Fragen im Kabinett schon jetzt so geklärt werden konnten, wie es wünschenswert ist. Gerade im gegenwärtigen Augenblick stehen die wichtigsten Probleme der inneren und äußeren Politik zur Entscheidung: die Ordnung der Finanzen und natürlich auch die Festlegung der künftigen Wirtschaftspolitik, in der sich bekanntlich verschiedene Strömungen kreuzen.

## Neue Loslösungsbestrebungen im Westen?

Die rheinische Republik des Herrn Dorten tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Aber eine neue Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches und besonders Preußens ist durch die Propaganda des heftigen Ministerpräsidenten Millerich für den Versuch, mit Hilfe der Franzosen und vor allem des General Mangin eine groß-herzige Republik zu gründen, entstanden. Diese Republik soll das gesamte Großherzogtum Hessen, Rheinhessen, Hessen-Nassau, die Rheinpfalz und das Herzogtum Virenkfeld bis hinauf nach Wehrhagen umfassen. Darmstadt soll Hauptstadt werden, während Mainz an Stelle von Frankfurt a. M. zum Haupthandelsplatz erhoben werden soll. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Regierung energigsten Protest gegen diese andauernden Versuche, neue Staaten von Preußen abzuzweigen, erhebt.

## Die Lage im Eisenbahnerstreik.

In Stendal ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

In Lehrte hat das Eingreifen des Panzerzuges die Ordnung wiederhergestellt.

In Wittenberge ist die Lage gespannt.

In Hamburg ist der Hauptbahnhof von zwei Kompanien besetzt worden. Der Güterverkehr stockt, der Personenverkehr wird notdürftig aufrecht erhalten. Heute findet eine erneute Abstimmung statt, da keine Zweidrittelmehrheit für den Streikbeschluss bei der ersten Abstimmung erzielt werden konnte.

Ueber das Ergebnis dieser Abstimmung meldet Wolff: Die Vertreterversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, die heute nachmittags 2 Uhr ihre gestrigen abgebrochenen Beratungen wieder aufgenommen hat, nahm nach elfstündiger lebhafter Auseinandersetzung folgende Entscheidung an:

„Die heutige Funktionärerversammlung der D. E. V. erklärt nach dem Abstimmungsergebnis und den Berichten aus der Provinz von einem örtlichen Streik Abstand zu nehmen. Sie empfiehlt dringend den bereits im Zustand befindlichen Kollegen, umgehend die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie verlangt, daß der Hauptvorstand unverzüglich Verhandlungen mit dem Ministerium aufnimmt und die Eisenbahnerforderungen zu gegebener Zeit zentral durchführt. Die Vorbereitungen hierzu sind sofort zu treffen.“

Die Abstimmung erfolgte in Anwesenheit von 147 Ber-

trauensleuten mit 134 für und mit 7 gegen die Entschliebung bei 8 Stimmenthaltungen.

## Der Brand in Vebra.

Die von W. I. B. verbreitete Nachricht, wonach es sich bei dem Brand in Vebra um eine Brandstiftung handelt, ist mindestens verfrüht. Nach den Informationen der „P. P. R.“ ist die Untersuchung darüber noch nicht abgeschlossen, ob wirklich ein verbrecherischer Anschlag vorliegt oder ob es sich nur um einen Zufall handelt.

## Der Belagerungszustand in Hannover.

Der Belagerungszustand ist, wie die „P. P. R.“ erfahren, eine Folge der in der Nacht vom Montag zum Dienstag vorgekommenen Gewalttätigkeiten. Am Montag gegen 10 Uhr nachts wurden die aus Berlin kommenden technischen Truppen des Garde-Kavallerie-Schützenkorps beim Herausgehen aus dem Bahnhof von der Menge belästigt und tätlich angegriffen. Die Truppen gaben zuerst Schreckschüsse ab, feuerten dann aber, als sie sich der Angriffe nicht anders erwehren konnten, scharf in die Menge. Es gab einige Tote und Verwundete. Wenige Stunden später verurteilte eine große Menge, das Militärgefängnis in der Goller Straße zu stürmen. Die dort vorhandene Wache der Sicherheitswehr übergab die Waffen und die Menge besetzte etwa 80 bis 100 Gefangene. 10 von ihnen wurden heute morgen wieder eingefangen. Jetzt ist eine beträchtliche Aktion auf dem hannoverschen Hauptbahnhof im Gange. Diese Vorgänge haben den kommandierenden General veranlaßt, den Belagerungszustand zu verhängen, bis Ruhe und Ordnung eingetreten sein wird. Truppenkonzentrationen auf den umliegenden Orten Hildesheim und Münden sind im Gange. Diese scharfen Folgen des Eisenbahnstreiks, die auf sich mit ihm nicht zusammenhängen, ist zweifellos auf kommunistische Wählerarbeit zurückzuführen. Es hat sich hier eine sogenannte Zwanzigerkommission gebildet, die als Zentrale der Kommunisten anzusehen ist. Auf Grund des Belagerungszustandes wird das Organ der Unabhängigen, die „Volkswacht“ und das Organ der Kommunisten, „Die rote Fahne“, verboten werden. Der kommandierende General hofft jedoch, durch schnelle Maßnahmen die Lage im Laufe des heutigen Tages zu klären, so daß zu ersten Versärfungen, falls nicht unvorhergesehene Ueberreaktionen eintreten, kein Anlaß vorliegen dürfte.

## Mahnung an die Offiziere.

Ein Erlaß des Generals v. Lüttwih.

Der kommandierende General des Reichswehr-Gruppenkommandos I, v. Lüttwih, hat an die ihm unterstellten Offiziere einen Korpsbefehl gerichtet, in dem es heißt:

Aus zahlreichen Anfragen und Äußerungen von Offizieren geht hervor, daß Unsicherheit und Unklarheit über die Pflicht des Offizierskorps herrscht.

Die Aufgabe der Reichswehr im Innern besteht in der Aufrechterhaltung geordneter Zustände. Hierbei mitzuvirken ist vaterlandsliebenden und rechtlich denkenden Offizieren. Nur wirklich zwingende Gründe können von dieser Ehrenpflicht befreien. Ich weiß, daß die Ereignisse der letzten Zeit dem Offizier die Ausübung seines Berufes bis an die Grenze des Möglichen erschweren. Ueber der Not des Einzelnen aber steht das Vaterland. Es geht zugrunde, wenn jetzt der Offizier klammert seinen Degen zerbricht. Undank und Anpöbeln einer gewissenlosen Menge dürfen den Offizier nicht veranlassen, von seinem Bege abzuweichen. Das deutsche Offizierskorps in seiner Gesamtheit muß bleiben oder wieder werden, was es für die ganze Welt war, ein Muster einfacher und treuer Pflichterfüllung.

Die Mahnung ist uns verständlich, aber Herr v. Lüttwih irtzt, wenn er den Grund für die jetzigen unerfreulichen Zustände nur in „Undank und Anpöbeln“ erblickt. Er sollte nicht vergessen, daß gewisse Offiziere ihre Abneigung gegen die jetzige Regierungsform in so drastischer Weise Ausdruck gegeben haben, daß bei allen ehrlich republikanisch Gesinnten ernsteste Besorgnis entstehen mußte, wie denn auf die Dauer die Republik mit einem derartig denkenden Offizierskorps ohne schwerste Konflikte auskommen sollte. Gätten die Offiziere seit jeher, wie das General v. Lüttwih verlangt, sachlich und unpolitisch ihren Dienst getan, so wäre mancher harte Zusammenstoß erspart geblieben.

## Verhältnismahlrecht in Frankreich.

Genf, 8. Juli. Die französische Deputiertenkammer hat gestern das neue Wahlgesetz, das die Listenwahl einführt, mit Anwendung des proportionalen Systems für die Listen, die nicht die absolute Mehrheit erlangt haben, endgültig in der vom Senat beschlossenen Fassung angenommen.

## Vernunftpolitik oder Deklamationspolitik?

Eine Antwort von Ed. Bernheim.

Die Redaktion des „Vorwärts“ hat es für angezeigt gehalten, meinen Artikeln über die nächsten Aufgaben in der Friedensfrage ihrerseits „scharf“ und „schärfste“ Verwahrungen auf den Weg zu geben. Das ist grundsätzlich ihr Recht, das ich weit entfernt bin, ihr streitig machen zu wollen. Sie mag so scharf gegen mich polemisieren, als sie es für geboten erachtet. Die Art, wie sie es tut, und die Wichtigkeit der Frage, um die es sich handelt, nötigen mich aber zu einer Rückantwort, die ich ihr nicht ersparen kann.

Was ist die Tendenz meiner Artikel? Man muß sehr blind, sehr befangen sein, um nicht herauszuerkennen, daß sie von der Absicht diktiert sind, für Deutschland und die Deutschen im Osten und Westen zu retten, was im Angesicht der Lage der Dinge auf friedlichem Wege überhaupt gerettet werden kann. Die Redaktion hat meinen Ausführungen nur Verwahrungen, aber kein politisches Programm einer deutschen Außenpolitik entgegengesetzt. Ihre eigenen Artikel sind Deklamationen, die man sich so nationalstisch auslegen kann, wie man nur mag, die aber keine Spur eines Weges erkennen lassen, der aus dem jetzigen furchtbaren Zustand der Verheertheit der Völker in absehbarer Zeit herausführt.

Und was sind das für Verwahrungen, die sie mir entgegenhält? Wer sie liest, sollte meinen, ich trete dafür ein, die Rechte unserer Landsleute in den Grenzgebieten preiszugeben. Tatsächlich ist das genaue Gegenteil der Fall. Seit mehr als Jahresbeginn ist meine Tätigkeit in der Frage der Außenpolitik darauf gerichtet, die möglichst besten Bedingungen für die Gestaltung der Lage Deutschlands im Osten und im Westen zu erzielen. Man wird es begreifen, wenn ich darauf verzichte, hier die Blöße meiner bezüglischen Laten zu machen. Aber eines darf ich feststellen. Im Hinblick auf eine Gebietsfrage, von der meine Kenntnis der Geschichte und der Sache der in Betracht kommenden Nation mir sagt, daß sie durch eine bestimmte Agitation nur zumungunsten Deutschlands beeinflusst werden würde, habe ich dort, wo es am Platze war, dringend, ja beschwörend gewarnt, von jener Agitation abzusehen. Wenn Rat wurde in den Wind geblasen. Und das Ergebnis war, daß das, was die Agitation hatte bewirken sollen, nicht erzielt wurde, die Gebietsfrage aber die für Deutschland ungünstigste Wendung genommen hat.

Rechnlich kann es in der Frage der an Polen angrenzenden Gebiete gehen, wenn deutscherseits nicht rechtzeitig eine Politik befolgt wird, wie die vernünftige Erwägung der für sie in Betracht kommenden Tatsachen sie vorschreibt.

Welches sind diese Tatsachen? Die Redaktion des „Vorwärts“ ist über meine Bemerkung enttäuscht, daß die von den Alliierten für Polen und Deutschland gezogene politische Grenze ziemlich denselben Weg geht, wie die Sprachgrenze, und sucht daraus einen Gegenjah zur Konstruierung zwischen dieser Feststellung und meinen früheren Erklärungen. Der existiert aber nur in ihrer Einbildung. Denn ich habe sowohl in Weimar wie auch jetzt wieder ausdrücklich erklärt, daß für mich bei der Feststellung der nationalen Zugehörigkeit die Sprache allein nicht ausschlaggebend ist, sondern ihr zur Seite gehen muß der ausgesprochene politische Wille der Bevölkerung, und daß, wo ganze Provinzen über den Wechsel der Landeszugehörigkeit abstimmen, in größeren Distrikten die Mehrheit bildende Minderheiten das Recht haben müssen, im alten Staatsverband zu verbleiben. Ist es so schwer zu begreifen, daß bei Geltendmachung dieses Grundgesetzes die Kreisgabe deutsch bleiben wollender Distrikte verniedert würde?

Daß Westpreußen, um das es sich ja jetzt vorzugsweise handelt, überwiegend deutsch ist, war mir natürlich nicht unbekannt. Bin ich doch selbst vaterlandserweis ein Stüd Westpreuße. Indes steht es dort so, daß die polnische Sprachgrenze sich mehr westlich als östlich durch die Provinz hindurchzieht. Es sind westlich und südwestlich von Danzig gelegene Kreise Westpreußens, in denen die deutsche Bevölkerung in der Minderheit ist. Die Wahlkreise Neustadt-Karlhaus, Verent-Dirschau, Königs-Ludel, Preußisch-Stargard sowie der Kreis Schwetz sind nach der vom national-liberalen Professor Sering — gewiß ein Mann des Vertrauens für die Redaktion — herausgegebenen Sprachkarte überwiegend von Nichtdeutschen bewohnt. Die überwiegend deutschen Kreise Westpreußens liegen zumeist öst-

sch und nicht westlich von Danzig. Sie sind beinahe von einem Ring nichtdeutscher Kreise umgeben, dessen nördliches Glied an die Ostsee stößt.

Man kann nun sagen, ja, aber die Bevölkerung Westpreußens ist in ihrer Mehrheit deutsch, folglich muß die ganze Provinz deutsch bleiben. Aber dieser Grundsatz, die ganze Provinz mit national gemischter Bevölkerung als eine Einheit zu behandeln, kann anderwärts sehr zuungunsten von Deutschen ausfallen. Es geht aber nicht an, hier für diesen und dort für einen anderen Modus der Bestimmung der staatlichen Zugehörigkeit einzutreten. Wir müssen, wie uns das auch die sozialdemokratischen Grundzüge vorschreiben, in dieser Beziehung einheitliche Regeln beobachten.

Werden die vorher genannten Wahlkreise für polnisch erklärt, so tritt im wesentlichen das ein, was die Friedensurkunde der Alliierten vorsehnt. Vom östlichen, anerkannt vorwiegend polnischen Polen her zieht sich bis an die Küste ein polnischer Keil durch die bisherige nördliche Ostmark Deutschlands und teilt sie in zwei Hälften, so daß der Landweg vom Westen nach Ostpreußen und dem östlichen Westpreußen fortan über polnisches Gebiet führt. Welche großen Unzulänglichkeiten für Deutschland und welche Gefahren für die Deutschen im abgetrennten Gebiet durch solche Trennung heraufbeschworen würden, liegt auf der Hand. Es geschah im Hinblick auf diese Möglichkeiten, daß ich im Monat Mai jene Artikel veröffentlichte, welche die Redaktion des „Vorwärts“ jetzt heranzieht, um das Gewicht meiner Argumente für die nun zu beobachtende Politik zu entkräften und mich als einen Menschen hinzustellen, der heute bestreitet, was er gestern gesagt hat. Ich bestreite aber gar nichts von dem, was ich in dieser Sache gesagt und geschrieben habe, und habe auch abgesehen von dem Grund dazu, kann eher mit Genugtuung darauf zurückblicken.

Denn wie liegen die Dinge? Im Mai d. J. war die Entscheidung hinsichtlich der endgültigen Fassung des Friedensvertrages noch ungewiß, zwischen Deutschland und den Alliierten wurden die ersten Noten über dessen Einzelheiten ausgetauscht. Es galt damals also, den deutschen Unterhändlern nach Möglichkeit ihr schwieriges Werk zu erleichtern. Für jemand, dessen Stimme trotz der Redaktion des „Vorwärts“ einigermassen gehört wird, ein kategorischer Imperativ, dem ich denn auch gefolgt bin. So eindrucksvoll, als es mir gegeben war, habe ich hier und in auswärtigen Blättern dargelegt, daß und warum nach meiner Ansicht der Friedensvertrag so wie er lautete deutscherseits nicht unterschrieben werden könne. Jetzt aber, wo die Entscheidung gefallen und deutscherseits der Vertrag unterschrieben ist, wo unsere Regierung durch ihre Abgesandten die Erklärung hat abgeben lassen, daß Deutschland das Unterschriebene loyal einzuhalten suchen wird, ist die Aufgabe des sozialdemokratischen Politikers eine andere. Jetzt gilt es, statt einer wesentlich negativen Politik eine möglichst positive Politik voranzutreiben, gilt es namentlich auch zu zeigen, welche Möglichkeiten die Zusicherungen, die in der Antwort der Alliierten auf die deutschen Noten gemacht worden sind, einer von Vernunft geleiteten deutschen Friedenspolitik in Aussicht stellen. Wer das nicht begreifen will, dem kann ich allerdings nicht helfen.

Ich verstehe den militaristisch gesinnten Nationalisten, der aus irgendwelchem demnächstigen Krieg oder kriegerischen Zustand spekuliert, so verderblich ist solche Spekulation halte. Ich verstehe auch den Kommunisten, der die Weltrevolution vor der Tür sieht und im Hinblick auf sie alle Bemühungen, zwischen den Nationen, wie sie sind, ein erträgliches Verhältnis herzustellen, für Firtlesanzerei erklärt, so irreführend ich seine Vorstellungen auch halte. Nicht verstehen kann ich jedoch, wie man erklären kann, weder das eine zu wollen, noch das andere zu hoffen, und doch dabei in einer Sprache und Darstellungsweise verharren, die nur Sinn haben, wenn man unser Volk dem einen oder dem anderen in die Arme treiben will.

## Staatstheater mit Volksaussperrung!

Am Strahenebenen geböt nach alter Einsicht das Steingewölbe. Für die Berliner Staatstheater soll aber diese Weisheit nicht gelten. Sie sollen das Sonderrecht haben, die einfachste Logik umzusetzen, die da meint, zur Entwicklung eines Kunstpreistheaters in ein Volkstheater gehören vor allem niedrige Eintrittspreise.

Man traut seinen Augen nicht, wenn jetzt schwarz auf weiß gemeldet wird, daß mit Beginn der neuen Spielzeit eine beträchtliche Erhöhung der Eintrittspreise in den Staatstheatern durchgeführt werden soll. Im Opernhaus wird nämlich alsdann der billigste Platz (4. Rang, Stiehlplatz) 3 M., der teuerste (Große Fremdenloge, ehemalige Kaiserloge) 51 M. kosten. Dann folgen für die Preise ab: 20, 11, 18, 17 (Vorplatz), 13, 9 und 5 M. Im Schauspielhaus wird der billigste Platz (Galeriestuhl) auf 2 M. festgesetzt, der teuerste (Große Loge, Mitte) auf 20 M. Dazwischen gibt es Plätze für 15, 12, 11, 9, 7, 4 und 3 M. Die Abonnements sind durchweg auf etwa 50 v. H. im Durchschnitt erhöht worden. Unerböt!

Diese Preise sind nichts weniger als das gerade Gegenteil von dem, was in den dreien Schichten des Berliner Theaterpublikums erhofft und erstrebt wird. Sie sind eine Maßnahme, die den Stiefdruck eines verderblichen Sozialismus ausströmt und ganz abseits des Geldes, auf dem für geistige Volkstheater gefaßt und gefestigt wird, gewachsen ist. Sie wälzt dem Kultur, der von Männern wie Schillings und Jehner fortan ausgehen soll, die hemmenden Steine in den Weg. Die Staatstheater sollen bleiben, was sie waren. Sie sperren von den allermeisten und zumal von allen besten Plätzen das Volk aus!

So aber ist die neue Preismaßnahme ein Zeichen, wie dringend notwendig der Kampf mit erhöhten Anstrengungen fortgesetzt werden muß, der diese Theater dem Vortritt der Genießer, die auf dem großen Geldbad sitzen, entreißt, so daß sie endlich ein Kaufgut alles Volkes werden. Die neuen Preise machen die Berliner Staatstheater zu einem Hohn auf dieses Ziel.

## Der internationale Kampf gegen den Krebs.

Der Krebs, dies furchtbare Schreckenspest der Menschheit, erscheint uns besonders deshalb so gefährlich, weil er in fortgeschrittenen Stadien unheilbar ist. Solange also die Medizin in ihrem Kampf gegen diese Krankheit noch keine wirksame Heilmethode gefunden hat, wird es eine Hauptaufgabe der Hygiene sein, Vorbeugung in ihre Hände zu legen. In diesem Zweck macht der französische Arzt Françoise Lebon im „Deutsche“ einen bemerkenswerten Vorschlag.

„Man betrachte sich“, sagt er, „die Statistiken der Krebserkrankungen. Sie zeigen uns, daß die Todesfälle an Krebs in Paris z. B. in den von den ärmeren Schichten benutzten Vierteln

Die Zustände, zu denen die Alliierten Deutschland gegenüber sich verstanden haben, bleiben weit hinter dem Geforderten zurück, aber sie sind darum doch nicht wertlos. Ihre Antwortnote hat schon darum Wert, weil sie nun die Begründung zu vielen der Forderungen gibt und dadurch erkennen läßt, wo deutscherseits der Sebel angelegt werden muß, um Verbesserungen zu erlangen und Befürchtetes abzuwenden. Die Alliierten lehnen in bezug auf die oben behandelte Frage die Volksabstimmung in Westpreußen wie in Posen mit dem Hinweis darauf ab, daß in diesen Gebieten durch die preussische An siedlungs politik eine künstliche Verschiebung der Bevölkerung stattgefunden habe, und daß Polen als ein Land von 20 Millionen Einwohnern einen sicheren Zugang zum Meere brauche, sie übernehmen aber die Bürgschaft für die Rechte der deutschen Minderheiten in den nun Polen zugewiesenen Gebieten. Was deutscherseits gegen diese Entscheidung eingewendet werden kann, brauche ich hier nicht zu wiederholen. Sie ist eine Tatsache, an der wir hinsichtlich des nunmehrigen Laufes der Grenze nichts Wesentliches werden ändern können. Sollten wir deshalb es bei dem Protest bewenden lassen, der, wenn ihm keine Aktion folgt oder die Bevölkerung nicht selbst ihren Willen kundgibt, bei Deutschland zu verbleiben, schließlich nur den Wert einer leeren Deklamation behalte, soweit er nicht das ohnehin gespannte Verhältnis zwischen Deutschland und Polen noch verschärft? Oder sollen wir nicht, an die Zusicherungen der Alliierten anknüpfend, unsere Bemühung dafür einsehen, mit dem größtmöglichen Eifer der deutschen Minderheiten in Polen ein auskömmliches Verhältnis mit unserem östlichen Nachbarstaat zu erzielen? Vergebens wird man im „Vorwärts“ nach einer Weisung in bezug auf diese Fragen suchen. Und das müssen wir zu bestimmten Richtlinien in bezug auf diese wie auf andere Fragen der Friedenspolitik gelangen.

So wenig wie in der inneren Politik erträgt Deutschland in der äußeren Politik ein unbestimmtes Hin- und Herkaufeln. Entweder — oder. Will man eine Politik des heroischen Protestes, gut, dann sage man es und sehe zu, wie weit man damit kommt. Will man aber eine auf Verbesserung gerichtete konsequente Friedenspolitik, so führe man auch eine ihr entsprechende Sprache und zeige unierem in dieser Hinsicht der Belehrung so bedürftigen Volk die Wege und Möglichkeiten einer solchen. Das mag nicht ganz leicht sein und ist sicherlich mit mehr geistiger Anstrengung verbunden als aus zusammengesetzten Zitaten Widersprüche herauszubekommen, die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind. Ich verzichte darauf, auf die von der Redaktion des „Vorwärts“ gegen mich angeschlagene persönliche Note die ihr eigentlich gebührende Antwort zu geben. Dafür ist die Situation zu ernst. Wiederholt sei jedoch, daß ich keinen einzigen Satz von dem zurückzunehmen habe, was ich in Weimar oder sonst in der Frage der Friedensbedingungen und der Friedenspolitik geäußert habe. Ich würde es nicht tun, wenn ich wirklich mit meinen Ansichten in der Partei allein stünde. Das ist jedoch ganz und gar nicht der Fall. Wo immer ich sie in den Mitgliedschaften entwickelt habe, habe ich weitgehende Zustimmung gefunden. Täusche man sich nicht über die Stimmung in den breiten Kreisen unserer Genossen, und täusche man sich auch nicht über das Urteil der ausländischen Sozialisten. Bei den letzteren hat die Szene, die man mir in Weimar gemocht hat, wahrhaftig nicht meinem Ansehen, wohl aber dem der Partei geschadet. Welches letztere ich im Interesse der großen gemeinsamen Sache ganz besonders bedauere. Für die Stellung Deutschlands in der Welt ist heute nichts von größerer Wichtigkeit, als der gute Name der Partei, die die Hauptverantwortung für seine Politik auf sich genommen hat.

Kastentilgung des Journalisten Feice. Wie die P. P. R. erfahren, ist der englische Journalist Feice am Dienstag Nachmittag aus der Haft entlassen worden.

dies häufiger sind, als in den Gegenden der Wohlhabenden. Das läßt sich aus sehr vielen Gründen erklären, aber hauptsächlich doch aus dem einen, daß der Wohlhabende seinen Arzt sowie seinen Behrner in regelmäßigen Abständen aufsucht und nicht wartet, bis ein deutliches Leiden bei ihm auftritt. Der Arme dagegen, der „viel härter auf sich“ ist, wendet sich erst an den Arzt, wenn die aufstrebende Krankheit ihm bereits bedeutende Beschwerden macht. Das ist nun im Falle des Krebses in sehr vielen Fällen zu spät. Die Feststellung des Krebses aber in einem sehr frühen Stadium ermöglicht meistens eine vollkommene Heilung. Die Gelehrten in ihren Laboratorien suchen das Heilmittel, das den Krebs vernichten soll. Aber ein besseres Mittel ist es, die Krankheit überhaupt zu vermeiden, und das läßt sich nur bei ärztlicher Beobachtung durchführen. Haben nun die roten-Kreuz-Gesellschaften der ganzen Welt nicht bemerkt, nachdem sie den Tod aus dem Schlauch belämpf haben, ihn in Zukunft überall da zu bekämpfen, wo er droht? Haben sie nicht bemerkt, eine Art Kreuzung gegen das Leiden und die schmerzliche Sterblichkeit durchzuführen? Einer der schmerzlichen Feinde, die sie nach der Tuberkulose zu bekämpfen haben, ist der Krebs. Und eine der wichtigsten Formen dieses Kampfes muß, wenn man so sagen darf, der Bekämpfungskampf sein. Dies kann man im Falle des Krebses am besten dadurch erreichen, daß man überall Antikrebs-Kliniken ins Leben ruft, wo jeder sich kostenlos von Spezialärzten untersuchen lassen kann, und wo bei den geringsten bedrohlichen Anzeichen sofort eine wirksame Behandlung durchgeführt wird. Die Krankheiten zu bekämpfen und zu heilen ist gut, aber sie zu verhüten und ihnen vorzubeugen ist noch besser.“

## Keine Akademie für literarischeucht und Sitt!

Der Plan einer „literarischen Akademie“, von dem unlängst die Rede war, löst auch auf Richard Dörmers Widerpruch. Der Dichter erklärt den folgenden Protest: Durch die Zeitungen geht das Gerücht, daß der Berliner Akademie der Künste eine literarische Abteilung angegliedert werden solle, und daß die „Erneuerung“ eines künstlerischen Kollegiums bevorstehe, dem angeblich auch ich angehören werde. Ich weiß nicht, was an der Sache Wahrheit ist, da bis jetzt weder das Kultusministerium noch eine andere Behörde mit mir darüber verhandelt hat; aber ich sehe mich durch die Nachricht genötigt, meine Beteiligung öffentlich abzulehnen und vor dem ganzen Plan zu warnen. Der Zweck ist gut, das Mittel vom Uebel.

So not uns eine Körperlichkeit tut, die das dichterische Gemeingut vor den mannigfachen Gemeinheiten der Meinungsmacher schützen könnte, sie darf nicht von Regierungsgnaden „ernannt“ werden; sie muß als völlig freie Gründung aus der eigenen Berufsgemeinschaft hervorgehen. Das Vertrauen der Mitschaffenden muß sie tragen; wo soll das herkommen, wenn man ihnen eine Vertretung aufdrängen will, die sie nicht selber gewählt haben!

Die weit eine selbstgewählte Vertretung allgemein maßgebend werden kann, das soll sich eben durch ihre Wirksamkeit zeigen. Keinesfalls wird sie es durch behördliche Rechte. Akademien mit Amtsgewalt haben wir aus Genüge in Deutschland erlebt; je mehr äußere Machtbefugnisse sie erlangten, um so ohnmächtiger wurden sie für das innere Leben. Auch sie waren anfangs freie Gründungen;

## Jammervolle Beweise.

### Der Kantinengläubige Heimkrieger.

Der streitbare Graf Reventlow hat noch nicht genug. Er veröffentlichen gegen uns seine „Beweise“ dafür, daß die Westfront infolge revolutionärer Zermürbung zusammengebrochen sei. Die Beweise sind derart, daß man darüber in ein lautes Gelächter ausbrechen könnte. Es ist der typische Kantinen- und Patrinenklatsch, den sich eben nur ein Mann ausbunden läßt, der niemals auch nur einen Fuß in den Schützengraben gesetzt hat. Zunächst schreibt Graf Reventlow, ein Studienrat habe der „Deutschen Tageszeitung“ geschrieben, sein Sohn habe aus dem Felde geschrieben... usw. Ein Studienrat, der nach dem Hörensagen wiedererzählt, was ihm sein Sohn erzählt hat, ist allerdings der Typ des „klassischen Zeugen“.

Und was hat der Herr Sohn erzählt? Beim Einrücken einer Reserveformation in die angewiesenen Stellungen sei den tapfer vorgehenden Truppen von den Resten der zurückflutenden Division das Wort „Streifbrecher“ zugerufen worden. Da habe man den Beweis, daß die „rote sozialdemokratische Wühlerei“ bei dieser Division ihre volle Wirkung entfaltet habe! — Soll man sich mit solchen Körpern wirklich ernsthaft auseinandersetzen? Das kann nur jemand verlangen, der von den Dingen an der Front keine blasse Ahnung hat!

Ein zweiter Kronzeuge des Grafen Reventlow war Unterrichtsbeamter der 4. Armee. Er erfährt von dem den Vortrag haltenden Oberstleutnant am 29. September 1918, daß bereits am 15. September die „Generalprobe zu einem militärischen Generalkrieg an der Westfront“ stattgefunden habe, aber gescheitert sei; daß man aber sichere Unterlagen dafür habe, daß für die Nacht zum 1. November „ein militärischer Generalkrieg an der ganzen Front“ zu erwarten sei.

Die Leichtgläubigkeit des Heimkriegers Reventlow gegenüber dem Frontklatsch nimmt hier wirklich groteske Dimensionen an. Wie merkwürdig, daß jetzt, fast nach Jahresfrist, die Welt zum ersten Male ein Sterbenswort von dem „mühungslosen Generalkrieg“ am 15. September hört. Offenbar ist der Oberstleutnant auf ein blödsinniges Spitzelgerede hereingefallen, das beweist ja auch der Umstand, daß seine sichere Voraussage auf die Nacht zum 1. November ebensowenig eingetroffen ist.

Die nächsten Beweismittel des Grafen Reventlow sind zwei Erlasse der Obersten Seeresleitung aus dem Jahre 1917, die sich gegen politische Propaganda in der Armee richten. Das sind nun allerdings Glanzstücke! Das Besch des Grafen Reventlow will es, daß der erste dieser Erlasse sich in der Tat gegen eine politische Sache wendet — nämlich: gegen die alldeutsche Sache der „Königlichen Volkszeitung“, die im Seere eine Abstimmung über die Kriegsziele zu veranstalten suchte. Erst danach ist von der Agitation der unabhängigen Sozialdemokratie die Rede, der entgegenzutreten sei.

Was aber hat diese Agitation in Wirklichkeit ausgeübt? Beliebt man sich doch zu erinnern, daß die Resolution keineswegs an der Westfront ausgedröhen ist, sondern daß diese erst von der Revolution erfasst wurde, nachdem die Revolution bereits in der Heimat restlos gesiegt hatte. Und nun der schlüssige Beweis gegen den Grafen Reventlow: Unter den von der Westfront gewählten Soldatenräten befand sich fast nicht ein einziger unabhängiger Sozialdemokrat! Wie ganz anders hätten die Soldatenräte der Westfront zusammengesetzt sein müssen, wenn die unabhängige Propaganda auch nur den bescheidensten Erfolg gehabt hätte!

Graf Reventlow beschwert sich bitter, daß wir seine Eigenschaft als Heimkrieger scharf hervorgehoben haben. Aber das war durchaus notwendig, weil wirklich nur ein Heimkrieger so dummes Geschwätz und Gerede für bare

aber sobald sie dem Staat den kleinen Finger reichten, nahm er sehr bald die ganze Hand.

Es eine Akademie überhaupt die richtige Form für literarischeucht und Sitt? In schöpferischer Richtung wohl kaum; die Pariser Akademie ist ein warnendes Beispiel. Außerdem wirkt es jämmerlich, wenn der Sieger nicht Sieger zu tun weiß, als einen alten Hohn des Siegers untertänigst nachzumachen; es ist schon Armutszeugnis genug, daß unsere Jüngsten Verhaeren und Whittman kopieren.

Was wir brauchen, ist ein Bildungsrat für das schänergeistige Selbstgefühl des Volkes, ein Betriebsrat zur Pflege des Kunstsinnes, feierlich gefaßt ein Weiserrat, gefaßt auf einen Weiserrat. Der Staat muß natürlich die Kosten tragen, soweit sie nicht durch freiwillige Einnahmen aufbringbar sind; in allem übrigen soll er die Hand davon lassen.

Ob wir Schaffenden so gemeinschaftslos sind, daß wir eine solche berufständige Körperlichkeit aus uns selbst heraus bilden können, ist freilich eine andere Frage; aber sollten wir es noch immer nicht sein, dann wird uns keine Regierungsmäßregel einiger machen, weder unter uns Ständegenossen noch gar mit unserem ganzen Volk. Das Welen ist es, das sich die Form schafft; wenn dieser künstlerische Gemeinplatz doch endlich Allgemeingut würde!

## Notizen.

— Der Philosoph Paul Deussen, Reiches Jugendfreund, der die Wege Schopenhauers zur altindischen Gedankenwelt in unerträglichem, tief erschütterndem Fortschritt weiterging, ist in Kiel, 74 Jahre alt, gestorben. Jahrgabteilung hat er sich der Aufgabe hingewidmet, den Lehren Schopenhauers eine Bedeutung in neuen Zeitaltern zu sichern. Dies Wirken führte 1911 zur Gründung einer Gesellschaft, die während des Krieges rühmlich hervortrat und deren führender Kopf Deussen bis zuletzt geblieben ist. Die kritische Gesamtausgabe der Werke Schopenhauers, der er sich widmete, gilt als fast vollendet. Als ein Zeichen des tiefen seelischen Aufgehens Deussens in der altindischen Kulturwelt dürfen Uebersetzungen bediener Hymnen gelten, die als Musterhaft gerühmt werden. Als Deussen in den neunziger Jahren Indien bereiste, wurde er von den dortigen Veda-Forschern sehr ehrenvoll empfangen.

— Der Denkmalspille getag bestrach gestern die Gesfahren, die für sein Gebiet aus der Trennung von Staat und Kirche erwachsen können. Gaurat Schmidt aus Wartenburg bestrichete, daß mit dem Verschalen der finanziellen Leistungen des Staats für kirchliche Zwecke die Erhaltung kirchlicher Kaufbauten und Anstalten durch Verkauf und Verkauf gefährdet sein werde. In der Beirerung dieses Punktes wurde von allen Rednern erhofft, daß der Staat sich beteiligen werde, dieser Gefahr durch Bereitstellung von Mitteln entgegenzuwirken.

Die erweiterte Verwendung der kirchlichen Bauten für außerkirchliche Zwecke des allgemeinen geistigen Lebens — für künstlerische, erzieherische und politische Betätigungen — steht diesem Besch eine gemeindliche und staatliche Fürsorge, die selbstverständlich auch dessen Kunstwerten — soweit davon die Rede sein kann — zugute kommen wird.

— Anna Howard, die Präsidentin des Nationalen Amerikanischen Bundes für Frauenwahlrecht, ist gestorben.

Nationalversammlung zu Weimar

50. Sitzung vom 8. Juli 1919.

Am Ministerische: Bauer, Erzberger. Ein schleuniger Antrag der Abg. Frau Agnes u. Gen. (L. Soz.) betreffend Einstellung des gegen den Abg. Eichhorn (Soz.) beim Amtsgericht Berlin I schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Sitzungsperiode der Nationalversammlung wird auf Antrag des Abg. Wurm an die Geschäftsordnungs-Kommission verwiesen. Es folgt die erste Beratung der Steuer-Gesetze in Verbindung mit der Interpellation Kuer u. Gen. (Soz.) betreffend steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne usw.

Reichsminister der Finanzen Erzberger: Meine Damen und Herren! Der Krieg ist der Vermüster der Finanzen. Der hinter und liegende Weltkrieg ist der erfolgreiche Schrittmacher des Weltfortschritts. Da ich die Ehre habe, das erste Mal als Reichsfinanzminister vor Ihnen zu sprechen, lege ich ein offenes Geständnis ab: zweimal nur in meinem politischen Leben bin ich erschienen, das eine Mal, als gegen meine Erwartung und gegen vorherige Beratung der Reichsfinanzler am 5. November 1918 mich mit der Führung der Waffenstillstands- und Verhandlungen beauftragte. Den zweiten politischen Sockel erlebte ich am 21. Juni 1919, als der Reichspräsident zu meiner großen Ueberraschung mich aufforderte, das Reichsfinanzministerium zu übernehmen. Die Bedenkzeit war kurz; ich mußte ja sagen.

Ich erbitte auch die Mitarbeit aller Derer in diesem hohen Hause, die mit mir darin einig sind, daß es jetzt nur eine Aufgabe gibt: aufzubauen. An alle Parteien ergeht dieser Aufruf zur Mitarbeit: denn wir sind alle Söhne und Töchter eines gemeinsamen Vaterlandes.

Eine wesentliche Voraussetzung für den Wiederaufbau des staatlichen Lebens sind geordnete Finanzen. Darum ist die erste Arbeit beim Wiederaufbau eine grundlegende Finanzreform, ein wohlüberdachtes System gerechter Steuerverteilung. Keine Rettung bringt der Staatsbankrott, denn

Staatsbankrott ist heute Volksbankrott.

Deutschland aber braucht Kredit. Die Ratschläge auf Annulierung der Kriegsanleihe oder Verflüchtigung des allgemeinen Bankrotts mache ich nicht mit. Der Zinsendienst für unsere Kriegsanleihe muß gesichert sein. Die deutsche Kriegsanleihe ist von den breitesten Volksschichten aufgebracht. Die Schieber und die Kriegsgewinnler, die ihr Geld nicht in Kriegsanleihe angelegt haben, würden doppelten Vorteil haben; einmal würden sie große Einnahme gehabt haben und zweitens würden sie von der Annulierung nicht getroffen werden. Eherne Pflicht ist es, die ganzen Kräfte dafür einzusetzen, daß der Zinsendienst der Kriegsanleihe geleistet werden kann.

Gerechtigkeit im gesamten Steuerwesen zu schaffen,

ist mein oberstes Ziel. Gerechte Steuern stellen eine rasch wirkende vorzügliche Sozialisierung dar; sie treffen alle und haben eines voraus: die private Initiative bleibt bestehen. Schon vor dem Kriege war der Unterschied in Deutschland zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden zu groß und wurde damit zur sozialen Ungerechtigkeit. Der Grundfehler der Wirtschaftspolitik im Kriege lagte sich auf die kurze Formel bringen, daß man durch die allgemeine Wehrpflicht die lebendigen Leiber mobil gemacht hat, daß aber die

allgemeine Wehrpflicht halt machte vor dem Kapital und dem Besitz. Im Juli 1917 hat der damalige Chef des Kriegsamt, General Groener, in eindringlichen Worten auf die furchtbaren Folgen jener Wirtschaftspolitik hingewiesen.

Der damalige

Schatzkanzler und leichtfertige aller Finanzminister, Staatsminister Helfferich, hat dieser Tage von den inneren Mächten der Zerfetzung gesprochen, die die Katastrophe des moralischen und nationalen Zusammenbruchs verschuldet haben. Er hat es unterlassen, hierbei jene unheilvolle Wirtschaftspolitik der damaligen Regierung zu erwähnen, die dem moralischen Siegeswillen des deutschen Volkes so sehr geschadet hat und deren hauptsächlichster Träger er war. Drobend erhebt sich aus dem Zusammenbruch der bisherigen Staats- und Wirtschaftsordnung als extreme Reaktion des verletzten Gerechtigkeitsempfinds der Volksmassen die wahnsinnige, alles zerstörende und negierende Theorie des Volkswismus. Der

verstärkte Ruf nach Sozialisierung ist das Echo der überkapitalistischen Kriegswirtschaft.

Ein großes Stück Sozialisierung ist allerdings bereits vollzogen worden. Das Steigen des Arbeitslohnes und das Fallen des Geldwertes sind die größte Sozialisierung, die die Welt kennt. Der Kapitalist, der vor dem Kriege aus 100 000 Mark Vermögen 6000 Mark Jahreseinkommen zog und heute dieselbe Rente hat, sieht jetzt schlechter da als der Telegraphenarbeiter, der vor dem Kriege 1500 Mark Einkommen hatte und jetzt 7800 Mark Lohn bezieht. Eine gut durchdachte, scharf angelegte Reichsfinanzreform wird dem Ruf nach Sozialisierung Gehör verschaffen:

Erbschaftsteuer und große Vermögensabgabe sind die ersten einleitenden Schritte, andere werden folgen.

Die Erhaltung des Reiches war der Preis für die Unterzeichnung des entscheidend harten ungeredeten Friedens. Drei Steuerläubigern ist der deutsche Bürger ausgesetzt: Reich, Gliedstaat, Gemeinde. Vor dem Kriege erhob das Reich jährlich nicht ganz 2 Milliarden Steuern und Abgaben, Einzelstaaten und Gemeinden etwa 3 Milliarden. Beim Friedensschluß ist das

Mindestmaß der Einnahmen, die das Reich für eigene Bedürfnisse gebraucht: jährlich über 17 Milliarden.

Die Einnahmen der Einzelstaaten und Gemeinden sind mit mindestens 6 Milliarden jährlich anzusehen. Hat das Reich früher von dem Gesamtaufkommen 35 bis 40 Proz. für sich gebraucht, so jetzt mindestens 70 bis 75 Proz. Die Einnahmen des Reiches müssen um 100 Prozent gesteigert werden, die der Einzelstaaten und Gemeinden um vielleicht 100 Prozent. Eine ganz neue Konstruktion des Aufbaues der Reichs- und Staatsfinanzen ist nötig. Den ersten Schritt dazu hat die Verfassung getan, positiv in den Bestimmungen über die Zuständigkeiten des Reiches auf dem Gebiete der Steuererhebung, negativ, indem sie die Matrikularbeiträge beseitigt hat.

Können wir den Miesenbedarf der Zukunft aufbringen?

Wir müssen ihn aufbringen. Der Bedarf des Reiches scheidet sich künftig in: a) Inlandsbedarf, b) Wiedergutmachungen. Die voraussichtlichen Jahresausgaben werden sich auf rund 17,5 Milliarden Mark belaufen.

Die Höchstsumme für die Wiedergutmachungen konnte trotz aller Bemühungen im Friedensvertrag nicht festgesetzt werden. Ich muß indes daran festhalten: wir müssen wissen, wie hoch die Gesamtsumme unserer Leistung an die Gegner ist, und wie hoch die Jahresquote ist. In den kommenden 4 Monaten haben wir Vorschläge ausgearbeitet und zu sagen, wie wir uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen denken.

Ich bin fest entschlossen, den

Weg der harten Sparsamkeit überall zu gehen

Darum habe ich sofort die von meinem Herrn Amtsvorgänger bereits vorbereitete Parole ausgegeben, daß vom 1. Oktober 1919 ab es keine Pauschfonten und Kriegsfonds mehr gibt, daß die Kriegswirtschaft wirtschaftlich aufhöre; und daß zur geregelten Staatswirtschaft zurückgekehrt werden muß. Der erste Leitjah ist:

Keine unproduktiven Ausgaben mehr.

Darum muß auch der sachgemäße Abbau der Arbeitslosenunterstützung ins Auge gefaßt werden; lohnende Arbeit, nicht Arbeitslosenunterstützung ist das Ziel.

Wie soll der Gesamtbedarf gedeckt werden, den ich für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden mit rund 25 Milliarden bezeichne? In diesem Augenblick nur einige Angaben: die laufenden kaiserlichen Reichseinnahmen vor dem Kriege betrugen nicht ganz 2 Milliarden Mark, von 1913 bis 1918 sind während des Krieges an neuen laufenden Einnahmen erschlossen worden 4000 Millionen Mark. Hierzu treten an einmaligen Abgaben der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer nebst Zuschlag in Höhe von 5,7 Milliarden Mark und die Kriegsteuer für 1918 mit etwa 2 Milliarden Mark. Die neu vorliegenden Steuerentwürfe sollen dem Reich weitere 1200 Millionen laufende Einnahmen bringen, und ferner einmalige Einnahmen, die eine dauernde Zinsenerparnis von 600 Millionen Mark versprechen. Es ist also noch die Summe von mehr als 10 Milliarden zu beden. Zwei große neue Steuern nähern sich im Finanzministerium ihrem Abschluß und ich beabsichtige, sie noch vor Beginn der Parlamentsferien dem Hause zu unterbreiten:

die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer,

Aber auch wenn diese Vorlagen unverändert angenommen würden, ist der Fehlbetrag für den eigenen Bedarf noch nicht gedeckt.

Eine stete Gefahr sind die 72 Milliarden schwebende Schuld. Ihre Beseitigung ist eine der dringendsten Aufgaben für mich. Zwei Wege gibt es: entweder Umwandlung in eine fest fundierte Anleihe oder Tilgung durch große Abgaben, sei es durch die Einziehung sämtlicher Kriegsgewinne, sei es durch die große Vermögensabgabe, wobei ich mich keinem Zweifel hingebende, daß diese beiden Steuern zusammen nicht sofort den gesamten fälligen Betrag von 72 Milliarden aufbringen werden.

Zwei Gesetzentwürfe sollen die Kriegsgewinnbesteuerung zum Abschluß bringen. Der Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 ist im Wesentlichen eine Wiederholung des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 vom 26. Juli 1918.

Während das Kriegsabgabengesetz für 1918 weiterhin die Entziehung einer Vermögensabgabe für Einzelpersonen vorgeschrieben hat, will der Entwurf auf die nochmalige Erhebung einer solchen Abgabe mit Rücksicht auf die kommende große Vermögensabgabe verzichten.

Der weiter vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe von Vermögenszuwachs will jeden in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1918 eingetretenen Vermögenszuwachs mit einer Abgabe treffen.

Der Ausbau der Besteuerung der Erbschaften durch das Reich unter Einbeziehung des Gatten- und Kindeserbes, auf das die Hauptmasse der Vererbung entfällt (etwa vier Fünftel), stellt eine alte Forderung dar.

Die Sätze der Erbschaftsteuer bewegen sich zwischen 4 und 20 Proz. in der ersten Klasse (Ehegatten und Kinder) und in der letzten Klasse zwischen 15 und 50 Proz. Dazu kommt ein Zuschlag für das schon vorhandene Vermögen in Höhe von 10 bis 50 Prozent des Grundbetrages der Steuer. Die Steuerfüße sind so bemessen, daß der

Keine und mittlere Befehl nach Möglichkeit gesichert wird.

Der Gesamtertrag der künftigen Steuer ist für das bisherige Reichsgebiet auf etwa über 700 Millionen M. veranschlagt, wovon die Gliedstaaten einen Anteil von 20 v. H. erhalten sollen.

Es soll nach dem Entwurf nur noch eine einheitliche Grundwertsteuer geben. Der Entwurf hofft auf eine Vermehrung der Reichseinnahmen um 74 Millionen M.

Durch das Abgabensteuergesetz soll derjenige besondere Wertzuwachs erfasst werden, der für Grundstücke in der Umgebung von Festungen bei Aufhebung der für sie nach dem Reichs-Abgabengesetz von 1871 geltenden weitgehenden Benutzungseinschränkungen (Bauverbote u. dergl.) im Falle der Auffassung der betreffenden Festungsanlagen entsteht.

Eine weitere Erhöhung der Belastung des Tabaks ist bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches unvermeidlich. Es wird vorgeschlagen, die sämtlichen fertigen Tabakerzeugnisse in gleicher Weise zu besteuern, wie jetzt die Zigaretten, nämlich nach ihrem Kleinverkaufspreis unter Verwendung von Steuerzeichen. Daneben soll der bisherige

Gewichtszoll als Schutzzoll für den inländischen Rohstoff

bestehen bleiben, der Zollzuschlag und die Inlandssteuer für Rohstoff sollen in Wagnis kommen. Der Entwurf rechnet mit einem Gesamtertrag von 700 Millionen M.

Die Notwendigkeit, zur Deckung des erhöhten Finanzbedarfs des Reichs Mehreinnahmen zu schaffen, ist derart dringend, daß es nicht mehr angängig erscheint, von einer

Erhöhung der Zundersteuer

abzusehen. Die Vorlage sieht die Erhöhung von 14 M. auf 30 M. vor.

Der Mehrertrag der geplanten Erhöhung der Spielkartensteuer wird auf 10 Millionen berechnet.

Auch die Zündwaren können dem Reiche größere Einnahmen zuführen. Der Entwurf sieht eine

Doppelung der bisherigen Steuerfüße

vor. Künftighin wird eine Mehreinnahme von rund 30 Millionen M. erwartet.

Wenn die Reichsregierung den jetzt der Nationalversammlung vorgelegten Steuerentwürfen den Entwurf eines Vermögenswertsteuergesetzes angefügt hat, so ist das geschehen, weil immer erneut aus allen Kreisen der Bevölkerung der Wunsch laut wurde, den besonderen Aufwand, der allenthalben gerade auf dem

Erleuchtung.

8] Roman von Henri Barbusse.

Crillon streitet mit Brisbille wegen der Verbesserung eines alten Gutes, der zwischen ihnen hin und her wandert und den sie mit Leidenschaft betrachten. Crillon sieht da und läßt den Gegenstand des Streites nicht aus den Augen. Mit Körper und Seele widmet er sich diesem Jank. Sein dürftiger Beruf eines Allermittlers ist auf seine festen Preise gestellt. Er sieht ganz allein da, um den Wert seiner Arbeit zu verteidigen. Er hämmert mit den Häuften die Arie, die in den abgeschabten, grau gestreiften Hosen stecken. Die Vorsten, die, die geschichtet an seinem feisten Hals sprossen, lassen seinen Nacken wie den eines Wildschweines erscheinen. Er seufzt seinen Satz her: „Dieser Filz, weicht denn, was dem passiert ist? Der Regen hat'n natürlich erfassen. Ist nun wie'n brechtiges Kogelrad. Was das bloß Aufdämpfung, Kleisterei und Heiterküstung braucht!“

Herr Justin Bocard spricht zu drei Bauern, die mit der Mähe in der Hand dastehen und ihm mit gespannten Ohren zuhören. Er unterhält sie mit seiner wohlbedachten Stimme von dem großen Geld- und Fabrikgeschäft, das er eben ausgebeutet hat. Bei dem Gedanken an diese Spekulation durchfährt es alle Anwesenden wie ein Schauer. Selbst Crillon ist entzückt und für eine Weile aus der Betrachtung seines Gutes herausgerissen und er ruft aus: „Donnerwetters, läßt sich da ein Geschäft schieben!“ Dann fällt er wieder in seine Betrachtung zurück.

Joseph Boneas sagt mir halblaut etwas, was mir schmeichelt: „Dieser Bocard ist ein ganz ungebildeter Mensch, aber er hat einen praktischen Kopf. Wenn er die Sache so wie ich ansieht, dann kann schon was Ordentliches dabei rauskommen.“

Und ich, ich denke, daß ich älter und einflußreicher in dem Stadtviertel sein müßte, dann würde gewiß etwas Ordentliches aus dem Unternehmen Bocards herauskommen und es würde bald Gestalt und einen ungeheuren Umfang annehmen.

Inzwischen zieht Brisbille wieder die Stirne kraus. Eine Unruhe, die er noch nicht gestehen mag, speichert sich in seinem Herzen auf. All diese Gesellschaft hält ihn nur zurück, aber ihn quält jetzt die Lust zum Trinken. Er kann seine Begierde

nach dem Wein nicht mehr unterdrücken. Er schielt zu den Anwesenden hinüber. In der Woche hat er zu dieser Stunde schon seine Arbeit der Selbstverwandlung begonnen. Jetzt aber verbrodelt und verbrennt er von innen her, und er schleppt sich von Gruppe zu Gruppe. Die Ungebuld übersteigt seine Kräfte. Alles blüht plötzlich durch das kleine offene Fenster auf die Straße.

Dort fährt eine Kutzje zur Kirche. Der Wagen ist grün gestrichen und die Laternen sind verflücht. Der alte Kutzjer, dessen mächtiger Handschuh den geschmeidigen Reiterschengriff umpaßt, ist dermaßen in die vielfach geschichteten Mantelaufschläge eingewickelt, daß es scheint, als wenn mehrere Männer übereinandergeknüllt wären. Und der Rappen in der Deichsel prunkt mit seiner Pracht.

Binnot sagt: „Der Gaul und der Wagen glänzen wie ein Klavier.“

Die Baronin sitzt dort in dem Wagen. Da die Vorhänge geschlossen sind, sieht man die Dame nicht. Aber alle Leute grüßen das Gefährt.

Brisbille kaut an seinem Satze: „Klaven sind sie alle! Seht doch nur, aber seht doch nur! Sobald die reiche Trulle vorbeikommt, seht doch nur, da stecken sie gleich alle die Nase in den Sand, da zeigen sie gleich alle ihre Klagen, da werden sie gleich alle budlig!“

Einer der Anwesenden wendet ein: „Sie tut aber Gutes!“ Doch der böse Mann schlägt aus, als wenn man ihn festhalten wollte und er röhelt: „Ja, wenn das nur Aufschneiderlei. Ja, anders nenn ich das nicht.“ Man zuckt mit den Schultern. Herr Boneas, der sich immer bemehstern kann, lächelt, und er sagt: „Es hat immer reiche Leute gegeben.“ Er wird von seinem eigenen Lächeln ermutigt und fügt hinzu: „Und es muß immer reiche Leute geben.“

„Zawohl, weiß Gott!“ wettet Crillon. Dies Gebiet gehört zu seinem Gedankenkreis, den er sich ganz fest ausgebeutet hat, und auf den man überall stößt, sobald man darin zu schürfen anfängt. „Aber ich werd' Euch sagen, es gibt Leute, die plagen vor lauter Reichthummeligkeit. Ree, ich bin keiner von die, wo vor Reid aufplagen,“ so spricht Crillon noch.

Herr Nielvaque hat den Hut wieder auf den steinkahlen Kopf gesetzt und nun ist er fortgegangen. Auch Herr Joseph Boneas wendet sich und geht hinaus.

Aber Brisbille sagt noch, indem er eine entsetzliche Praye schneidet: „Und so'n Kimmel ist nun Gemeinderat!“ Er

deutet auf Crillon, der auch verschwunden ist. „Ei, verflucht und zugenäht!“ Er schäumt, eine Welle von Wut durchrast ihn. Er hält sich nur noch schlecht auf seinen Beinen. Er starrt auf den Boden. Er rollt eine Zigarette zwischen den Fingern hin und her, er will sie ständig neu kneten und zurechtlegen, daß sie unregelmäßig, naß und faserig geworden ist. Der Schmied ist überfüllt von Schimpfworten, es schüttelt ihn an den Schultern. „Sinfend wie Vulkan, schleppt er seine Holzschuhe und er hämmert auf die Feuerreise und er zieht die Kette des Blasebalgs. Bei jedem Zug prüllt aus dem Rachen des Blasebalgs ein staubig züngelnder Komet. Der Feuerstein ist blaufarben und von einem prasselnden blendenden weißlichen Schein durchglutet. In diesem Element wütet der Schmied gegen das Eisen. Er gärt und wütet mit Gewalt gegen sich selber. Hineingehämmert ist er in seinem Feuerwinkel, wie ein Gesangener. Allein steht er da in seiner Gattung. In Aufruhr ist er geschürt gegen alle Unormelichkeit der Dinge.“

Die Kirchenglocke hat geläutet und nun sind auch wir fortgegangen. Wie ich hinaus bin, höre ich Brisbille noch etwas brummeln. Ich schleppe an meiner eigenen Lebenslast genug, aber was kann er denn gegen mich auf dem Herzen haben!

Auf dem Kirchplatz findet sich der ganze Schwarm wieder zusammen. In unserem Stadtviertel geht alles zur Kirche, Männer und Frauen. Nur ein Häuflein Arbeiter hält sich fern, auf das man genau Obacht gibt. Man geht zur Kirche, weil man daran gewöhnt ist, auch weil man sich vor der Schlossherrin und zu den Ratgebern ein wenig verpflichtet fühlt, und die anderen gehen sogar aus Ueberzeugung zur Kirche. Zwei Stadtsiraken und zwei Landwege, die mit Apfelbäumen besäumt sind, führen zum Kirchplatz und so kommen die Kirchgänger aus allen vier Richtungen, von Stadt und Land kommen sie herbei.

Der Kirchplatz ist herzförmig angelegt. Er ist sehr schön. Er wird von einem sehr alten Baume beschattet, unter dessen Gezweige man einmala Recht gesprochen hat. Man nennt ihn den großen Baum, obgleich es in der Nähe noch größere Bäume gibt. Im Winter ist er schwarz wie ein durchlöcherter Regenschirm, im Sommer spendet er eine grünlichgelbe Heterkeit wie ein Sonnenschirm. Neben dem Baum ist seit Menschengedenken ein hohes Kreuzifix aufgestellt. (Wortl. folgt)







Münze nehmen und bei einer ernsthaften Auseinandersetzung als „Beweis“ vorlegen kann.

Zu der Nebenkommission Erzählung von den „Streifbrechern“ schreibt die S. A.: Solche Erzählungen kennen wir hundertfach. Wenn die übermüdeten Divisionen, denen man längst felerlich Ruhe versprochen hatte, immer wieder eingesetzt wurden, mußte man ihnen irgendeine Entschuldigung vorreden, und wir zweifeln nicht daran, daß sehr viele Soldaten wirklich geglaubt haben, daß andere Truppenkörper streifen. Schwindel bleibt es deshalb doch.

### Emonts aufgetaucht und verschwunden.

Gegen den Schiedsspruch im Bankgewerbe entschied sich eine Versammlung des Allgemeinen Verbandes, in der Marx ausfuhrte, daß 95 Proz. davon dem Unternehmervorschlag entnommen seien. Die Bankbeamten würden selbst den Zeitpunkt des Streiks bestimmen. Emonts habe höchstens englischen, aber niemals deutschen Hochberath begangen. Er, Marx, werde bespitzelt, obwohl die Staatsanwaltschaft ihm erklärte, es liege nichts gegen ihn vor.

Gegen 9 Uhr abends erschien plötzlich Emonts, aus einer Kutsche hervortretend, auf der Bühne und rechtfertigte sein Verhalten. Er erklärte, daß er bereit sei, sich einem deutschen Gericht zu stellen. Nachdem er kurze Zeit gesprochen hatte, verschwand er wieder hinter den Kulissen. Die Versammlungsleitung sperrte den Saal für kurze Zeit, um so zu verhindern, daß irgend ein Versammlungsteilnehmer die Polizei benachrichtigte.

Die Rede Emonts lautete etwa: „Ich bin trotz der Gefahr, festgenommen zu werden, hierhergekommen, um Sie zu bitten, in der Bewegung auszuweichen. Glauben Sie nicht den Verleumdungen und Verdächtigungen, die eine gegenrevolutionäre Staatsanwaltschaft gegen mich schleudert. Ich bitte, beschließen Sie, die Staatsanwaltschaft aufzufordern, daß der Streik morgen um 10 Uhr beginnt wird. Am dem Tage, wo die Regierung diese Zusicherung gibt, werde ich wieder in meine Zelle zurückkehren und den Tag erwarten, wo ich Abrechnung mit der Staatsanwaltschaft und der Regierung halten kann.“ Hierauf entfernte sich Emonts. Marx warnte davor, daß Emonts seinen Vorfall ausführe, denn wenn die Regierung die verlangte Zusage geben sollte, so sei ihr nicht zu trauen. Hebräisch würde ja die Regierung auf Verlangen der Exilanten Emonts ausliefern müssen. Darum solle er nicht in seine Zelle zurückkehren.

Beschlossen wurde, den Betriebsversammlungen die Ablehnung des Schiedsspruchs zu empfehlen und für die Zeit vom 1. April bis zum 1. Oktober die Summe von 1500.— M. für Verheiratete und 1000.— M. für Ledige zu fordern.

Die Hilfsangelegenheiten des Magistrats und der Fall Emonts. In der Räteversammlung am 1. Juli war mitgeteilt worden, daß die 13000 Hilfskräfte durch ihren zentralen Ausschuss beschlossen hätten, in einen Sympathiestreik für die Bankbeamten anlässlich der Verhaftung Emonts einzutreten. Diese Mitteilung veranlaßte eine ganze Reihe von Ausschüssen der Hilfskräfte zu der öffentlichen Erklärung, daß sie diese Erklärung, die ohne ihre Betätigung zustandekomme, sei, auf das entschiedenste mißbilligten. Rummel verbreitete der zentrale Ausschuss auf Grund einer in der Vorversammlung der Vertrauensleute der Angestelltenvereine der Hilfskräfte bei 9 Stimmhaltungen und gegen nur eine Stimme angenommenen Resolution eine Erklärung, in der es heißt: Die Vertrauensleute billigen nicht nur das Vorgehen des zentralen Ausschusses, sondern halten es für richtig und heißen es gut. Die Vertrauensleute sprechen dem zentralen Ausschuss ihr vollstes Vertrauen aus. Sie erheben keinen Protest gegen die Bestrebungen einzelner Dienststellen, eine Trennung in der Organisation zu erreichen, durch die die Einheitsfront gegenüber dem Arbeitgeber durchbrochen wird, mittels der gegenwärtig allein die wirtschaftliche Besserstellung der Hilfskräfte erzielt werden kann.

### Die Deutschen im größeren Polen.

Haag, 2. Juli. (Melbung des Holländisch Neuwobureaus.) Aus London wird gemeldet: Der „Times“ wird aus Warschau geschrieben, daß fast eine Woche vergangen ist, seitdem der Friedensvertrag unterschrieben wurde und daß trotzdem noch keine Spur von einem Aufstand der deutschen Bevölkerung Westpreußens zu sehen ist, wie er in der alldeutschen Presse prophezeit war. Alles weist darauf hin, daß die Deutschen in den abzutretenden Gebieten darauf warten, sich der polnischen Verwaltung zu unterwerfen und sich den Umständen zu fügen. Die Polen sind bereit, ihnen in verständlichem Geiste entgegenzukommen. Die Vertreter der Volksräte in Thorn, Graudenz und Bromberg waren in Posen und Warschau und werden die neuen Distrikte im Namen der polnischen Regierung verwalten. Diejenigen Deutschen, die vor Unterzeichnung des Friedensvertrages am lautesten geschrien haben, daß sie sich nie unterwerfen werden, haben ihre Haltung, nachdem die Angelegenheit entschieden war, schnell geändert und sind bereit, sich redlich zu benehmen. Die Deutschen, die sich ruhig der polnischen Verwaltung fügen, werden Schutz ihres Eigentums genießen; sie werden völlige Freiheit im Gebrauch ihrer Sprache und in der Befolgung ihrer Religion haben. Ferner wird es ihnen offenlassen, Regierungsämter zu bekleiden. Sie haben weiter die Versicherung erhalten, daß ihre antipolnische Haltung vor Unterzeichnung des Friedensvertrages keinen Grund zu einer gerichtlichen Verfolgung gegen sie bilden wird.

Für 200 Millionen Lebensmittel an der holländischen Grenze. Zeitungsnachrichten zufolge lagern für 200 Millionen Lebensmittel an der holländischen Grenze, deren Einfuhrgehemmung man jeden Tag erwartet. Diese Notiz enthält einen nur wenig veränderten Vorwurf gegen diejenigen Stellen, welche die Einfuhrgehemmung zu erteilen haben. Wer aber nicht nur seinem augenblicklichen Instinkt folgt, sondern etwas weiter denkt, muß sich fragen, daß die ganze Notiz wenig deutlich klingt. Welcher Art sind die auf Abruf wartenden Lebensmittel? Man weiß, daß drüber für wirklich wertvolle Waren immer noch Ausfuhrbeschränkungen und Schwierigkeiten bestehen, so daß die gewaltige Menge sich kaum aus lediglich und willkommenen Lebensmitteln zusammensetzen dürfte. An Salz- und Dörrengemüse aus Holland ist aber, wie ein Bild in die Läden zeigt, unser Bedarf einwachen noch immer gedeckt. Es ist daher durchaus angebracht, über Art und Reich der zur Ausfuhr bereit lagernden Lebensmittel genauere Erkundigungen einzuziehen, ehe man ihre Einfuhr freigibt. Schließlich gibt es Schieber und Wucherer auch außerhalb unserer Grenzen.

Bankrotte für Kleinhäuser. Der Reichskommissar für das Wohnungswesen Scheidt hat in einem neuen Erlaß die zuständigen Stellen darauf hingewiesen, daß die Beschränkung der Bauhöhe auf die dringlichen Wohnungsbauten auf Grund des § 10 der Verordnung zur Befreiung der dringlichen Wohnungsbauten ohne weiteres möglich ist, da dieser das Verbot aller nicht erforderlichen Bauten, namentlich der Zugussbauten enthält.

## Erich Mühsam und Genossen vor dem Standgericht.

Zweiter Verhandlungstag.

Zu Beginn der neuen Verhandlungen erklärt der Angeklagte Goldmann, er sei Mitglied der N. S. P. und Volksbeauftragter gewesen. Der Angeklagte Müller erklärt, nach Eisners Ermordung sei ihm von dem neugewählten Zentralkomitee mit anderen Genossen zusammen die

Bildung einer Volkswehr

aufgetragen worden. Die Angabe des Lindemann, er, der Angeklagte, habe nur Kommunisten eingestellt, sei eine Verleumdung. Er sei der Überzeugung, daß Schneppenhorst sich auf den Boden der Räterepublik gestellt habe. Für seine Kontrolltätigkeit im Kriegsministerium habe er zunächst 18, sodann 8 M. Tagegelde erhalten.

Vorl.: Das war umgekehrt wie bei Dr. Badler, der belam immer mehr.

Angell.: Wir erhielten nur unsere haren Auslagen.

Vorl.: Es wird Ihnen zum Vorwurf gemacht, bei der Bildung der Roten Armee mitgewirkt zu haben.

Angell. (ausweichend): Ich wollte, daß man sie

nicht Rote Armee, sondern Räte-Armee

nenne.

Der Vorsitzende erwähnt ein dem Angeklagten von seinem früheren Regimentskommandeur ausgestelltes sehr günstiges Führungszeugnis, auf dessen Verlesung Müller aber verzichtet.

Vorl.: Sie sollen in der entscheidenden Sitzung ausgesagt haben, die ganze Garnison stehe auf Seiten der Räterepublik.

Angell.: Das ist ganz ausgeschlossen.

Vorl.: Die Soldatenräte hatten den Sturz der Räterepublik beschlossen. Sie aber sollen nachher dieselben wieder umgestimmt haben, als der Führer des Soldatenrats wieder fortgegangen war.

Auch das stellt Müller in Abrede. Dagegen gibt er zu, an verschiedenen

Ausrufen zugunsten der Roten Armee mitgewirkt

und dieselben unterschrieben zu haben.

Der Angell. Randbinder bezeichnet sich als Mehrheitssozialist. Keiner seiner Parteigenossen, auch die Minister, hätten gegen die Räterepublik gesprochen. Ich habe keine Bedenken gehabt, mitzumachen, da ich mich in guter Gesellschaft sah.

Vorl.: Sie sollen zwar in Würzburg mit den Gemäßigten verkehrt haben, aber alle Zeugen hatten den Eindruck, daß Sie

für die Räterepublik

seien. — Randbinder bestreitet dies.

Vorl.: Im Zentralkomitee sollen Sie gesagt haben, man müsse Waffen zum Durchbruch nach Amberg haben, habe man Amberg, dann sei man in Sicherheit. — Angell.: Davon weiß ich nichts.

Vorl.: Vielleicht ist es eine Kamendertauschung, denn Ihre

Aussage macht ja einen durchaus ehrlichen und glaubwürdigen Eindruck. Mühsam und Badler bestätigen, daß Randbinder diese Werbung nicht getan habe.

### Bernard Shaw über den Frieden.

Der bekannte Schriftsteller Bernard Shaw hat sich in einer Umfrage, die die „Daily News“ über die Zukunftsaufgaben des Friedens veranstaltet hat, folgendermaßen geäußert:

Als der Krieg dadurch beendet worden war, daß man ganz Mitteleuropa zur Hungertode und völligen Erschöpfung und die Völkerverdrängung an den Rand des Kaiserthums brachte, da war es klar, daß die erste Aufgabe, die die Sieger hatten, die war, Europa zu ihrem eigenen Besten wieder auf die Beine zu bringen. Man sollte denken, daß selbst der größte Dummkopf bereifen müßte, daß wenn er einen Mann niederstößt, ihm Arme und Beine gebrochen und die Taschen ausgeleert hat, es wenig Sinn haben kann zu erklären, das nächste sei, ihn nun „alles bezahlen zu lassen“, und daß er, um dieses Ziel zu erreichen, nun damit beginnt, ihn mit Füßen zu treten und ihm nichts zu essen zu geben. Ich habe keine Worte für ein so kindisches Benehmen. Der ganze Friedensvertrag ist für Leute wie mich, überhaupt nicht der Beachtung wert, weil wir nicht wissen, wieviel ernst genommen werden muß. Zunächst können wir die privaten Ermordungen nicht, durch die sich Mr. Lloyd George, Präsident Wilson und M. Clemenceau zuerst miteinander verständigten und auf welche Weise sie dann sich gegenseitig über's Ohr hieben, sich überredeten, einander dies und jenes abmatteten und die gegenseitigen Interessen durchquerten. Der einzige Rat, den ich geben kann, ohne mich lächerlich zu machen, ist der, daß wir Mitteleuropa ernähren und finanzieren müssen, bis es fähig ist, wieder auf eigenen Füßen zu stehen, und daß wir unsere eigenen Schulden bezahlen müssen, indem sich jeder auf die Hosen setzt und arbeitet, um sie zu bezahlen.“

### Der „Rote Soldatenbund“ vor Gericht.

Der Werkzeugmacher Mag Fröhlich als Vorsitzender und 14 Angeklagte als Mitglieder des „Roten Soldatenbundes“ sind vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I beschuldigt: an einer Verbindung teilgenommen zu haben, deren Dasein, Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte und zu deren Zwecken oder Beschäftigungen es gehörte, Maßnahmen der Verwaltung und die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften.

In den Versammlungen, in den für den Bund geworden wurde, trat nach Behauptung des Staatsanwalts besonders Dr. Levine hervor. Nach den Ermittlungsergebnissen soll dieser auch für Deutschland die Bildung einer „Roten Garde“ dringend empfohlen haben. Bei der Mitgliedsaufnahme soll besonders Gewicht auf den Eintritt von Infantaristen und

Maschinengewehr-Schützen

gelegt werden. Die Mitglieder der Bezirke werden in besondere Kompanien, Kolonnen, Gruppen und Schartruppen eingeteilt, an deren Spitze selbstgewählte Führer stehen. Diese Einteilung soll sich zumeist den einzelnen Betrieben anschließen; z. B. sollen die Arbeiter der Deutschen Waffen- und Munitionswerke, die dem Bunde angehören, eine starke Kompanie bilden, ebenso die Arbeiter der Schwarzloppf-Werke. Die einzelnen Bezirke des R. S. B. sollen teilweise auch über geheime Waffenlager verfügen. Die Aufstellung einer Roten Garde in Deutschland zur gewaltsamen Durchführung der kommunistischen Endziele sei Inhalt und Zweck des R. S. B. Die Anklage verweist zum Beweise dafür u. a. auf die Tätigkeit von Mitgliedern des Bundes in der Spartakus-Woche im Januar und auf ein vom Bunde nach der Niederschlagung des Aufstandes verbreitetes Flugblatt, in welchem gesagt wurde:

Der Tag der Abrechnung

komme und alle waffenfähigen Proletariate seien zusammenzuschließen, da sie dann eine unbesiegbare Macht sein würden. Nach diesen von der Staatsanwaltschaft angeführten, aber bestrittenen tatsächlichen Behauptungen ist der R. S. B. als eine Staatsgefährliche Geheimverbindung anzusehen.

Angellager Fröhlich bestritt in vielen Punkten die Behauptungen der Anklage. Der R. S. B. sollte die Kameraden, die aus dem Felde zurückkamen, nach Art der Kriegervereine sammeln, er sollte die Kameraden vereinen, die auf dem Boden der Revolution ständen. Er sei eine rein militärische Organisation gewesen, deren Mitglieder zu einer linksabstrahlen Partei gehören mußten. Es seien allerdings auch Deserteur aufgenommen worden, aber erschwindend wenig. Gründer seien Nazi Liebsteins und Grubisch gewesen, der in der Drogonerschanne erschossen worden sei. In politischer Beziehung habe der Bund die Aufgabe gehabt, die

Es wird sodann mit der Zeugniserhebung begonnen. Von besonderem Interesse ist die Aussage des Ministers für soziale Fürsorge, Segig. Er gibt Auskunft über die Ministerrats-Sitzung vom 4. April, in der eine Abordnung aus Augsburg erschienen sei und berichtet habe, in Augsburg habe man einstimmig Ausrufung der Räterepublik beschlossen.

Man verlange Anerkennung durch den Ministerrat.

Ich erwiderte, man müße ja damit dem Ministerium einen Verfassungbruch zu. Der Verhandlung wohnte auch der Ministerpräsident Schneppenhorst bei, der sich ebenfalls entschieden gegen die Räterepublik

aussprach. Ich erwiderte

München sei nicht Bayern, und Bayern sei nicht das Reich.

Auf Verlangen des Vorsitzenden erklärt der Minister, er habe sich

niemals für die Räterepublik ausgesprochen.

Vorl.: Die Räterepublik wurde dann ausgerufen, Sie haben

aber dann weiter in Ihrem Amt fungiert.

Zeuge: Gewiß, im Ministerium Hoffmann. Das hat ja sein

Amt behauptet.

Mühsam: Warum haben Sie denn nicht öffentlich protestiert,

als es in den Zeitungen hieß, Sie seien von der Räteregierung als

Volkbeauftragter aufgestellt?

Zeuge: Ich habe das gar nicht gelesen.

Zwischen dem Zeugen, Minister Segig, und dem Angeklagten

Mühsam entspannt sich ein längeres Zwiegespräch über die rechtliche

Stellung des Ministeriums Hoffmann, in deren Verlauf

Dr. Badler eingreift und dem Zeugen ebenfalls vorhält, ob er sich

nicht erinnere, zu ihm selbst gesagt zu haben: „Kinder, Ihr wißt

ja, ich bin für Euch.“

Zeuge Segig: Das habe ich sicher nicht gesagt.

Angell. Goldmann: Hat der Zeuge nicht der Augsburger

Kommission gesagt, er werde dem Ministerpräsidenten Mitteilung

machen und sie werde nach Augsburg Bescheid bekommen?

Zeuge: Da täuschen Sie sich, die Kommission erhielt keinen

Befehl.

Mühsam: Wir hatten das aktiv am Geschehen beteiligte Prole-

tarat im Auge und dieses wollte

von dem Parteizentrum nichts mehr wissen.

Zeuge Segig: Ich erinnere mich genau, daß mir gesagt

wurde, die Einigungslinie sei hergestellt.

Verteidiger: Würden Sie einer Änderung zugestimmt haben,

wenn alle sozialistischen Parteien damit einverstanden gewesen

wären?

Zeuge: Nein. Eine Änderung der Verfassung konnte

nur durch den Landtag

erfolgen; das Gefühl aber, daß die Mehrheit des Volkes für die

Räterepublik war, konnte doch niemand haben.

Die Verhandlungen gehen weiter.

Arbeiten für die Rote Armee

zu leisten, die eine Volkswehr der organisierten Arbeiter darstellen sollte. Er wolle nur mit geeigneten Waffen, durch Vorträge im Sinne der kommunistischen Partei wirken, um eine rein sozialistische Regierung durchzusetzen. Die Behauptung, daß Segig im R. S. B. Vorträge gehalten habe, bestreite er. Von einer Bildung von Schartruppen sei gar keine Rede gewesen, die etwa in einzelnen Betrieben vorhanden gewesen hätten mit dem R. S. B. nichts zu tun. Ganz falsch sei, daß der R. S. B. Waffenlager unterhalten habe. Was das angeführte Flugblatt betrifft, so sei der R. S. B. dafür nicht verantwortlich; er halte es für „Spionagearbeit“.

Im Anschluß an die Vernehmung des Angeklagten Fröhlich wurden auf Antrag des Staatsanwalts zum Broich die Protokolle über die ersten Aussagen des Angeklagten vor dem Untersuchungsrichter verlesen. Danach habe er befunden: das Ziel des R. S. B. sei die Zusammenfassung u. Organisation der militärischen Kräfte des Spartakusbundes gewesen; der R. S. B. sei eine Unterabteilung des Spartakusbundes gewesen, die Anordnungen der Zentrale des Spartakusbundes hätten auch für den R. S. B. gegolten; letzterer habe die nötigen Gelder von den Spartakisten erhalten. — Angeklagter Fröhlich betonte, daß er bei seiner ersten Vernehmung mißverstanden worden sei und er seine Aussage in der zweiten Vernehmung korrigiert habe. Er selbst sei antipolnisch oder reaktionär nicht aufgetreten, sondern habe sich mit der Expedition der Zeitung beschäftigt. Er sei von der kommunistischen Partei angeheftet gewesen. Die Versammlung vom 12. Februar, bei welcher die Verhaftung des Angeklagten stattgefunden, sei von der kommunistischen Partei einberufen und in den Bezirksversammlungen derselben darauf aufmerksam gemacht worden. Alle Mitglieder des R. S. B. seien gleichzeitig Mitglieder der kommunistischen Partei gewesen. Der Angeklagte wiederholte noch einmal, daß der R. S. B. eine Verwässerung der Revolution zu einem neuen monarchischen System verhüten sollte. Schließlich behauptete der Angeklagte, daß der R. S. B. doch keine geheime Verbindung gewesen sei. Der Kultusminister Hänsch sei häufig in das Bureau des R. S. B. gekommen und habe sich bis zur Klamphofe die Zeitung persönlich abgeholt. — Staatsanwalt: Selbstverständlich werde nicht behauptet, der R. S. B. sei als solcher verborgen gewesen, sondern nur das Bestehen einer Geheimverbindung insofern, daß unter dem Deckmantel eines roten Soldatenbundes eine militärische Organisation zusammengestellt worden ist, um eine rote Armee zu bilden.

Sämtliche übrigen Angeklagten bestritten und erklärten im allgemeinen die Behauptungen des Angeklagten Fröhlich, erklärten sich selbst für nichtschuldig und bestritten zum Teil, Mitglieder des R. S. B. gewesen zu sein. Bei ihren Bekundungen lehnte mehrfach die Bekundung wieder, daß der R. S. B. den Zweck verfolgte, eine proletarische Regierung gegen Putzke von rechts zu stürzen. Der R. S. B. sei seinerseits

gegen das Unternehmen von Putzke

gewesen und man habe nicht unterlassen, davor zu warnen, daß sich die Mitglieder durch Spionage und Provokation zu Tode verurteilen lassen sollten. Der R. S. B. habe nicht rauben und plündern, sondern die jungen Soldaten in sozialistischem Sinne aufklären wollen.

Die Verhandlung wird am Mittwoch fortgesetzt werden.

### Parteinachrichten.

Bremelöhre des Sozialismus.

Unser Chemnitzer Parteiorgan „Volkstimme“ charakterisiert unter obiger Überschrift die Unabhängigen in folgenden treffenden Sätzen:

Die Unabhängigen bestehen bei jeder Gelegenheit, der Arbeiterklasse einzureden, daß sie allein die einzig wahren Vertreter einer sozialdemokratischen Politik seien. Sie scheuen sich nicht, die Mehrheitssozialdemokratie des Verrats an der Arbeiterklasse zu bejähren und sie in der schändlichsten Weise zu bekämpfen und zu verächtlichen. In Wirklichkeit ist keine politische Partei so ohne jeden Grund und ohne jedes Prinzip wie gerade die der unabhängigen Sozialisten. Schon seit geraumer Zeit wissen diese lüderlichen Kämpen überhanpt nicht mehr, wo sie hingehören. Sie müssen dem wilden Wille ihrer zum erheblichen Teile politisch sehr ungeschulten Jünger folgen und werden deshalb wie in einem politischen Wirbelwind herumgeschleudert, um schließlich immer dort zu landen, wo es am radikalsten zugeht. Aus diesem Grunde unterscheiden sie sich vielfach von den Kommunisten nur noch durch den Namen.“

# Der Verkehrsstreik.

In der Versammlung der Streikenden, die auf dem Hochbahnhof Warschauer Brücke tagte, wiesen mehrere Redner mit Nachdruck auf die vom „Vorwärts“ schon beleuchteten Säulenanschlüsse des Bürgerrats Groß-Berlin hin und betonten, die Vorwürfe, die den Streikenden in den Plakaten gemacht werden, seien unbedeutend. Besonders wurde immer wiederholt, daß der Streik kein politischer sei. Daß durch die vom Bürgerrat empfohlene Stellung von Arbeitswilligen aus bürgerlichen Kreisen der Streik niedergehalten werden könnte, wurde entschieden bestritten. Solange die Streikenden aushalten, sei an ihre Niederlage nicht zu denken. Der Leitung des Transportarbeiterverbandes wurde zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht die Stimmung des Publikums zugunsten der Streikenden beeinflusse. Es wurde verlangt, die Verbandsleitung solle die niedrigen Löhne der Angestellten und die hohen Einkommen der Direktoren veröffentlichen, damit das Publikum sehe, wie bescheiden und berechtigt die Forderungen der Streikenden seien. Die Streikleitung wird dem Säulenanschlag des Bürgerrats mit einem Plakat entgegenzutreten. Ein Vertrauensmann der Dram-Gliedkampenwerke beendete den Streikenden die Sympathie seiner Kollegen. Die Aufforderung der Redner, im Streik auszuharren, fand nur schwachen Beifall. Es machte den Eindruck, als ob die Mehrheit der aus mehreren tausend Personen bestehenden Versammlung für den Streik nicht sehr begeistert sei. Schließlich wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche die Streikenden verpflichtet, bis zum Abschluß der Verhandlungen den Streik aufzuhalten. Die Resolution protestiert gegen die Schreibweise der Presse, besonders im „Vorwärts“ (wodurch der „Vorwärts“ Anlaß zum Protest gegeben haben sollte, wird nicht gesagt).

Ferner wird gegen das Flugblatt der Bezirksleitung der S. P. D. und gegen den Anschlag des Bürgerrats, der eine Besondere Erklärung gegen die Streikenden erzeuge solle, protestiert. Die Arbeiterchaft wird um Sympathie für die Streikenden ersucht und deren Bereitschaft zu Verhandlungen befragt. Der aus der Versammlung eingebrachten Resolution, welche die Annäherung direkter Verhandlungen mit den Arbeitgebern fordert, konnte der Versammlungsleiter nicht beistimmen, weil ja Verhandlungen auf anderem Wege im Gange seien. Wahrscheinlich werde das Reichsarbeitsamt heute oder morgen die Verhandlungen wieder aufnehmen. Weitere Versammlungen tagten auf den Bahnhöfen Kordring, Bismarckstraße und Urbanstraße. Am Kordring wurden sogar die Frauen der Streikenden ausgeschlossen, da die beiden Bahnhöfe den Eisenbahnen nicht genügend Platz boten. Es wurde u. a. ausgeführt, der Bürgerrat beschuldige nichts anderes, als in den weiten Kreisen der Berliner Bevölkerung, die über den Streik nicht aufgeklärt sei, eine Pogromstimmung gegen die Streikenden zu erregen. Deshalb warne die Streikleitung gegen die Ausschreitungen. Vor allem seien diese Plakate des Bürgerrats nicht von den Säulen heruntergerissen werden, da ein Straßenbahner bei diesem Versuch verhaftet werden sei. (Traurig, wenn nur die Angst vor Verhaftung solche Überzeuher hindern sollte! Red.). Das Unternehmertum fahre mit seinen schweren Kanonen auf. Keine Welle seine Truppen nach Berlin als Straßenbahner gondeln lassen. Das seien jedoch Lappalien und diese Leute würden nicht sehr weit kommen. — Zum Schluß warnen die Redner die Arbeiterchaft Berlin, in einen Sympathiestreik für die Straßenbahner einzutreten, da keineswegs abzusehen sei, um der Forderungen von 17 000 Menschen willen die Berliner Industrie brach zu liegen. Es wurde dagegen Protest erhoben, daß eine Kündigung der Angestellten beschlagnahmt sei.

Der Streik ist gewiß kein politischer. Wenn man aber verwerfliche Beschuldigungen gegen den „Vorwärts“ erhebt, um damit das Zentralorgan der S. P. D. zu schädigen, so drückt man der wirtschaftlichen Bewegung einen politischen Stempel auf.

Der Bürgerrat empfiehlt in einem Telegramm an den Reichsarbeitsminister, da das Weiterdauern des Straßenbahnerstreiks in Berlin katastrophale Folgen zu zeitigen droht, durch freiwillig anzustellende Ingenieure und Techniker einen Teil der Bahnen wieder in Betrieb zu setzen, diese durch militärische Maßnahmen zu sichern und den Streikenden ein Ultimatum zu stellen, nach dessen Ablauf Nichtarbeitswillige entlassen und durch neue Angestellte ersetzt werden.

Eine Erwiderung an die Streikleitung auf ihre gestrige Erklärung sendet uns der Arbeitgehrverband. Wir entnehmen ihr folgendes:

Wir haben gar keine Durchschnittslöhne, sondern die wirklichen, in jedem Jahre verbienten Löhne bekanntzugeben, die im gebührenden Maße ihr Maximum erreichen. Diese Löhne werden jetzt von der Mehrzahl, dem Fahrpersonal angehörigen Personal, bezogen. Die Abzüge sind nur die gesetzlichen, d. h. diejenigen für die Alters- und Invaliditätsversicherung, die Pensions- und die Krankenkasse. Die beiden letztgenannten Versicherungen stellen lediglich Sparkasten dar, zu denen die Unternehmer die gesetzlichen bzw. darüber hinausgehenden Beiträge bezahlen. In der Pensionskasse zahlen die Verwaltungen teils die halben, teils die ganzen Kosten zu. Inwiefern die Verhandlungen vor dem Vollzugsrat „Miß und Klar“ ergeben haben sollen, daß die Verwaltungen des Arbeitgeberverbandes in der Lage seien, den Forderungen der Arbeitgeber Rechnung zu tragen, verstanden wir nicht einzusehen. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes hat lediglich erklärt, daß sich dessen Mitglieder einem Urteil des Hauptarbeitschusses fügen würden, obwohl die meisten Verwaltungen, insbesondere z. B. die Große Berliner Straßenbahn, durch eine auch nur teilweise Erfüllung der Forderung in eine erhebliche Unterbilanz notwendigerweise gelangen müssen.

Wir vermissen in der Entgegnung ein Eingehen auf die unbestrittenen Feiertage, durch die für die Straßenbahner eine erhebliche Kürzung ihrer Monatsbezüge eintritt.

Eine Fällung. Der Arbeiterrat der Gasbetriebsgesellschaft (Imperial Continental Gas-Association), Osthäuser Straße, ersucht

uns mitzuteilen, daß ihm von dem Protest gegen den Verkehrsstreik nichts bekannt sei. Demzufolge könne auch von einer Drohung, bei Fortdauer des Streiks den Betrieb der Gaserzeugung einzustellen, nicht gesprochen werden. — Der angebliche Protest war nicht etwa gegen die Streikenden gerichtet, sondern lief mehr auf Sympathiestreiks hinaus, wie sie auch Herr Mahahn (Vollzugsrat) angeregt hat.

# Preussische Landesversammlung.

41. Sitzung vom 8. Juli, 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Haenisch.  
Auf eine Anfrage des Sozialdemokraten Bräuner, ob der Regierung bekannt ist, daß bis in die letzte Zeit hinein auf den Landratsämtern

## Geheimkassen über Sozialdemokraten

geführt worden sind, ob die Regierung die Führung solcher Kassen unmöglich machen und die vorhandenen sofort vernichten lassen will, erwidert ein Regierungsvertreter, daß die Regierung die Führung solcher Geheimkassen für unzulässig ansieht und sämtlichen landräulichen Behörden von dieser Auffassung mit dem Ersuchen Kenntnis gegeben hat, etwa vorhandene Kassen sofort zu vernichten. Ergänzend fragt Abg. Bräuner, ob die Regierung wisse, daß mindestens bis zum 9. November 1918 derartige Kassen geführt worden sind. Ein Regierungsvertreter verneint auch diese Frage.

Auf Anfrage des Abg. Sämisch (H. Soz.) über die Gründe der Verzögerung der Auszahlung von Rentenzuschlägen an verorgungsberechtigte Militärpersonen erwidert ein Regierungsvertreter, es geschehe alles, was möglich sei, um den berechtigten Ansprüchen zu entsprechen.

Auf Anfrage Rothmann (Zentr.) teilt ein Regierungs-Kommissar mit, daß mit den Besetzungsmächten über die

## Erleichterung der Zuckerverforgung des Saargebietes

Verhandlungen angebahnt seien, die noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten.

Auf eine Anfrage der Deutschnationalen erklärt ein Regierungsvertreter über die Schädigungen der Landwirtschaft im besetzten Rheinland durch die Besatzungstruppen, das Ministerium habe den Staatskommissar für das besetzte Gebiet beauftragt, alles zu tun, um weitere Schädigungen zu verhindern. Sie haben auch den Reichsernährungsminister ersucht, soweit wie möglich durch Lieferung von Futtermitteln einen Ausgleich herbeizuführen.

Kaaden der Geleitzenträger über die Umbildung des Kommunalverwaltungsorgans der Hohenzollernschen Lande dem Gemeindevorstand überwiegen worden war, wurde beschlossen, die erste Beratung der Vorlage betreffend Wänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen erst am Mittwoch vorzunehmen. Abgeordneter Dr. Rosenfeld (H. Soz.) hatte dagegen Einspruch erhoben mit dem Bemerkten, das Zentrum stehe dahinter.

Zu dem Antrag auf Errichtung einer Zentralkasse zur Förderung des Volkshochschulwesens beantragte Abgeordneter Oeff (Zentr.) die Zurückstellung der Beratung bis zum Freitag, da der Zentrumsredner erkrankt sei. Dagegen erhob Abgeordneter Dr. Rosenfeld (H. Soz.) Widerspruch.

Hierauf wurde die Aussprache über den Etat des Handelsministeriums fortgesetzt.

## Abg. Haberland (Soz.):

Der Vorwurf der Mittelstandseindlichkeit, den man der Sozialdemokratie fortgesetzt macht, ist völlig unbegründet. Allerdings hat die Sozialdemokratie das Handwerk nicht vor Illusionen gewarnt, nicht zuletzt im Interesse des Handwerks selbst. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was hat denn der freie Handel im Kriege besonders geleistet? Herr Leidig spricht von den großen Opfern des Handels.

## Wo sind denn diese Opfer?

Höchstens kann man doch sagen, daß der Profit für einen Teil des Handels nicht so hoch war wie vor dem Kriege. Ohne die diesgeschmächte Zwangswirtschaft wäre Deutschland schon im Anfange des Krieges wirtschaftlich zusammengebrochen. (Zustimmung bei den Soz.)

## Abg. Oeff (Ztr.):

Dem Mittelstand hat das Zentrum stets das größte Wohlwollen geschenkt. Das Handwerk, das sich vor dem Kriege in erfreulichem Aufschwunge befand, hat durch den Krieg schwere Schädigungen erfahren.

## Keinem anderen Erwerbszweig hat das Hindenburgprogramm sozial zugunsten.

als gerade dem Handwerk. Die Sozialisierung kann das Handwerk bis zu einem gewissen Grade mitmachen, aber alles Experimentieren muß vermindert werden. Gegen die Kommunalisierung wird das Handwerk sich wehren, wenn sie nur mit Preisgabe der selbständigen Existenz des einzelnen Gewerbetreibenden durchzuführen ist. Redner verlangt, daß die Fortbildungsschule nicht bloß als Fachschule, sondern auch als

## Erziehungsschule für die innere Erleuchtung

zu wirken habe. Alle Arbeit an der Wiederaufrichtung des deutschen Wesens wird vergebens sein, ohne eine gründliche sittliche Erneuerung; dabei ist der Handwerkerstand nicht zu entbehren. (Beifall rechts.)

Abg. Conradt (Dnat.): Die wilden Streiks verhindern jeden Wiederaufbau. Wir sind Gegner der Planwirtschaft, besonders auch mit Rücksicht auf das Handwerk. Der freie Handel muß sich wieder betätigen.

Abg. Tegebe (D. Sp.): Wir wünschen auch auf wirtschaftlichem Gebiet ein klarer Programm von der Regierung. Die Sozialisierung ist in der jetzigen Zeit unmöglich. Hierauf wird die Beratung auf Mittwoch vertagt. Schluß 6¼ Uhr.

# Gewerkschaftsbewegung

## Das Streikfieber.

Die in den letzten Monaten in wilder Hay vorüberziehenden Streiks sind für den Klassenbewußten Arbeiter, d. h. für denjenigen, der schon lange vor dem 9. November 1918 im Kampf des Proletariats für das Ziel des Sozialismus seine Pflicht getan, von besonderer Bedeutung gewesen.

Was in den schlimmsten Zeiten der kapitalistischen Ausbeutung unmöglich war, nämlich Arbeiter und Angestellte zu gemeinsamer Abwehr gegen das Unternehmertum zu vereinen, wurde kurz nach dem 9. November zur Wirklichkeit. Verschwunden war mit einemmal der dem sog. „Stichtagenproletariat“ angebotene Standesdünkel, verschwunden waren die in den großen Industriezweigen dominierenden gelben Prätorianer der Unternehmung; das ganze unter der kapitalistischen Klasse frohrende Proletariat schien mit einemmal ein Herz und eine Seele.

Doch die Entwicklung — auch die geistige — kennt keine Sprünge. Niemand kann verlangen, daß der bisher indifferente Arbeiter und Angestellte durch einen revolutionären Akt, wie dies der 9. November war, sofort zu einem überzeugten Sozialisten wird. Der Sozialismus ist eine Weltanschauung, die in erstem Denken, mit Mühe und Fleiß errungen sein will. Diese errungene Weltanschauung ist für den Sozialisten der Kompaß, mit welchem er sich auch in den stürmischen Zeiten einer Revolution zurechtfindet. Er weiß, daß der Weg zum Sozialismus nur durch planvolle Arbeit führt, Unbedachtsamkeit und Ueberstürzung aber das stolze Gebäude der Zukunft gefährdet.

Die Geistes- und Verstandsbildung des wahrhaften Sozialisten verbietet ihm, durch leichtfertige Handlungen das große Werk der sozialistischen Kultur zu gefährden, oder es gar in Verfall zu bringen. Wesen sozialistische Weltanschauung ein Produkt langsame Gedankenarbeit ist, der hat zugleich die Fähigkeit erlangt, die Zeitpanne und Umstände zu übersehen, wonach Sozialismus möglich ist.

Nicht so derjenige, dem nach dem 9. November plötzlich die sozialistische Sonne zu leuchten begann. Ihm wurde schon der 10. November zu lang, weil er nicht gleich Bürger eines neuen Reiches sein konnte, in welchem Milch und Honig fließt. Solche langweilige Zeitgenossen gab es Millionen und auf diese Millionen üben die spartakistischen und unabhängigen Drahtzieher ihren verhängnisvollen Einfluß aus. Gerade weil diese große Schaar der Indifferenten noch nicht sozialistisch denkt, ist sie ein willfähriges Werkzeug des gewissenlosen politischen Freibeutertums. Wie ehemals die Hohenzollern von perfiden Kreaturen, so wird jetzt die Volksmasse von politischen Demagogen umschmeichelt und ihr eine sofortige Besserung der Lebensbedingungen versprochen, sobald diese Masse auf den Leim kriecht. Und diese noch völlig indifferente Volksmasse glauben schließlich, durch Verweigerung ihres Dienstes eine rettende Tat zu vollbringen.

Das Beispiel des einen wirkt anspornend für die andern; suggestiv werden ganze Industrie- und Verkehrszweige von Massenaustritten ergriffen. Und zum tausendsten Male sei es gesagt, daß jene Arbeiter- und Angestelltenkategorien die willkürlosesten Werkzeuge dieser großen Ausnahmewebungen sind, die sich ehemals am meisten durch Kriecherei und Unterwürfigkeit gegenüber ihren Vorgesetzten auszeichneten. Wenn wäre es z. B. möglich gewesen, im Großen Berliner Verkehrsgewerbe jene Streikstimmung unter den Angestellten zu erzeugen, deren nachhaltige Wirkungen die Bevölkerung jetzt so sehr spürt? Jahrelang hat das organisierte Proletariat über die Bedingungslosigkeit der Straßenbahngestellten über ihr Kriechertum geklagt. Niemals waren diese Angestellten zum solidarischen Handeln zu bewegen.

Und jene Straßen- und Hochbahner, die noch vor gar nicht allzu langer Zeit in ihrer Mehrheit Mitglieder vom gelben Werkverein waren, maßen sich sogar an — auf Geheiß politischer Drahtzieher natürlich — dem „Vorwärts“ den Charakter eines Arbeiterblattes abzusprechen. Wer laßt nicht über eine solche Komödie?

Nein, solche Ausnahmewebungen sind nicht der Ausdruck einer von erstem Willen und Willen beiseiten, für ein großes Ziel kämpfenden Arbeitnehmerschaft, sondern sie tragen den Stempel des politischen Fatalismus. Gewiß ist auch das Einkommen der Verkehrsangestellten so niedrig, daß damit in dieser Zeit nicht durchzukommen ist. Aber wer kann bei dieser unvergleichlichen Feuerung aller Gebrauchsgüter auch nur im bescheidensten Maße mit seinem Verdienst auskommen? Sollen deshalb alle jenem Streikfieber erliegen? Unsere Zeit muß vom politischen und wirtschaftlichen Streikfieber genesen, wenn unsere Hoffnung auf eine baldige bessere Zeit sich erfüllen soll.

Buchbinder-Verband, Kartoubranche. Die Kartonagenfabrik von Erich Ritterstr. 75, ist für Ritter gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiterverband. Branche im Einzelhandel. Die für heute Mittwoch angelegte Branchensammlung findet infolge des Verkehrsstreiks nicht statt.

Verantwortlich für Politik: Felix Adler, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudöhlen; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 2. Hierzu 1 Beilage.

# Wenn Sie lange suchen

finden Sie vielleicht irgendwo einen Artikel etwas billiger, aber nirgends finden Sie alle Vorteile so schön beisammen, wie bei uns. In unseren 20 Geschäften sind alle Artikel deutlich lesbar ausgezeichnet und sind überall gleich preiswert.

Aber die Hauptsache für Sie ist unsere Garantie für absolute Genauigkeit in der Schärfe der Gläser und im Sitz der Fassung. Unsere modernen Fassungen sind schön und überaus leichtsam.

Sind's die Augen, Geh' zu Ruhcke,

Die Augenuntersuchung ist kostenlos. Sie bezahlen bei uns nur einmal und haben dann keine Kosten mehr.

Unsere Dienste aber gehen weiter, denn wir garantieren für Haltbarkeit unserer Fassungen von 8,50 M. aufwärts (ohne Gläser) 2 und 3 Jahre und machen Ihnen in dieser Zeit alle Reparaturen umsonst, außer Gläser, Horn- und Schildpatt-Teile, ja, wenn die garantierte Fassung, sei es durch Ihre eigene Schuld, so zerbrochen wird, daß eine Reparatur nicht mehr lohnt, so erhalten Sie gleichwertigen Ersatz umsonst.

# Optiker Ruhcke

20 Geschäfte

- C. Spittelmarkt, Ecke Wallstraße, Alexanderplatz, neben Köpinger
- S. Rottbueher Damm 10, nahe Warenhaus Jandorf
- SO. Oranienstr. 44, nahe Oranienplatz
- W. Leipziger Str. 113, Ecke Bauerstraße
- Königsplatz 1, Ecke Potsdamer Str. Friedrichstr. 193a, Ecke Leipziger Straße
- Friedrichstr. 106, Ecke Birgerstr.
- SW. Belle-Alliance-Strasse 4, am Hälleschen Tor

- N. Chausseestraße 72, Invalidenstrasse 164, Ecke Brunnenstraße
- Neul. Schönehauser Allee 81, Hochbahnstation Kordring
- NW. Friedrichstr. 150, Ecke Porothrenstraße

- Friedenau: Kleinstr. 18, Ecke Rischstr. gegenüber der Kaiser-Fiche
- Wilmersdorf: Berliner Str. 122-33, an der Umlandstraße

- Schönberg: Hauptstr. 21, am Kaiser-Wald-Pl.
- Charlottenburg: Lanzenstrasse 15, Ecke Rungberger Straße, Joachimsthaler Straße 2, am Bahnhof Zoo.

Verlangen Sie nach außerhalb kointenios uniera Optometer zum Selbstbestimmen passender Gläser nebst Verstandliste.

- Neukölln: Bergstraße 4, gegenüber Richardstraße
- Neuland: Breite Straße 18

